

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 17.56 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Bevor ich unsere Gäste begrüße, muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die zentrale Internetleitung von Netcologne ausgefallen ist. Wir versuchen derzeit, eine Alternativlösung über das städtische Internet anzubieten, können aber noch nicht sicher sagen, wann das gelingen wird. Ich sage das, damit Sie wissen, was hier übertragen wird und was nicht.

Nunmehr begrüße ich sehr gern unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse hier im Saal, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Entschuldigt sind heute Frau Akbayir und Herr Walter.

Als Stimmzähler und Stimmzählerin benenne ich Herrn Noack, Herrn Welter und Frau Tokyürek.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den heutigen Beratungen beginnen, müssen wir die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Eine Aktuelle Stunde ist nicht beantragt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 bis 4.9, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.2 - das wurde zunächst umgedruckt als 10.25 - und TOP 10.26, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.10 bis 17.15 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.17 und TOP 24.18.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 10.25, 12.2, 17.4, 24.5 und 24.10.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Unter TOP 3.1.7 liegt ein Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und der Ratsgruppen BUNT und GUT sowie Herrn Wortmann vom 02.07.2018 mit dem Titel „Resolution: Kein Raum für Antisemitismus in

Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ vor. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen, AfD und Rot-Weiß. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage vor, TOP 17.8 vor TOP 17.6 zu behandeln. Ich glaube, der Hintergrund dessen ist Ihnen sehr bewusst. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Nein.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Kienitz, bitte.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, Tagesordnungspunkt 3.1.2 - das ist ein Antrag der Ratsgruppe BUNT - in den Fachausschuss, sprich: den Verkehrsausschuss, zu verweisen. Als Begründung möchte ich anführen, dass die Verwaltung in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses zu dem Thema „Autofreie Sonntage“ bereits Stellung genommen hat, per Mitteilung. Daher glaube ich, dass hier heute nicht der richtige Ort ist, diesen Antrag zu diskutieren. Deswegen mein Antrag, das im Fachausschuss zu diskutieren. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dazu gibt es Wortmeldungen von Herrn Hegenbarth und Herrn Zimmermann. - Zunächst Herr Hegenbarth, bitte.

**Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT):** Als Antragsteller möchte ich mich eindeutig gegen eine Verweisung aussprechen - abgesehen davon, dass wir heute auch Anträge zu Leihrädern oder zum Jobrad behandeln werden, die tatsächlich einen rein verkehrspolitischen Aspekt haben. Unser Antrag zum „Autofreien Sonntag“ - das möchte ich hier noch einmal klarstellen - geht deutlich darüber hinaus. Hier geht es auch um Umweltschutz. Hier geht es auch um Gesundheitsschutz. Hier geht es auch um Themen, die den AVR angehen. Das geht deutlich über das Thema Verkehr und auch deutlich über die Mitteilung der Oberbürgermeisterin im Hauptausschuss hinaus. Wir wollen eben nicht, dass nur die Innenstadt geprüft wird. Wir wollen wissen: Was ist mit Ehrenfeld? Was ist mit Nippes? Was ist mit Mülheim? Bleiben die alle außen vor? Das

müssen wir hier im Rat diskutieren und nicht nur in einem Ausschuss. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT  
und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann, bitte.

(Zuruf)

- Das ist eine Wortmeldung zur Tagesordnung.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir sprechen uns gegen die Verweisung in den Verkehrsausschuss aus. Zum einen ist der Verkehrsausschuss eigentlich der falsche Ausschuss. Es geht ja hier um *autofreie* Tage in Köln. Es darum, Begegnungsräume für die Bürger zu schaffen etc. Die verkehrliche Ordnung hat hier nur eine dienende Funktion, sie ist an diesem Tag zu ermöglichen. Der Verkehrsausschuss ist daher der vollkommen falsche Ausschuss dafür.

Das andere ist - das liegt Ihnen vielleicht noch nicht als Tischvorlage vor -: Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt, den ich gern behandelt wissen möchte, da er der guten Initiative der Verwaltung und von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, auch noch ein paar Empfehlungen mit auf den Weg gibt, wie das Konzept aussehen könnte. Diesen Änderungsantrag würde ich heute nicht nur diskutieren, sondern auch gern so beschließen wollen. Es geht darum, dass es schon viele Erfahrungen in der Stadtgesellschaft mit der Organisation von autofreien Tagen gibt. Daher möchten wir die Verwaltung darum bitten, das Konzept mit ihr gemeinsam zu erarbeiten. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die Verweisung? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen BUNT und GUT sowie die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen und verwiesen.

Ich sehe noch eine Wortmeldung von Herrn Breite. - Bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Wir sind überrascht, dass es zu der Vorlage un-

ter TOP 24.6 im nichtöffentlichen Teil einen Änderungsantrag gibt, der im öffentlichen Teil behandelt werden soll. Wir sind der Meinung: Dieser Antrag gehört auch in den nichtöffentlichen Teil, es sei denn, Sie, Frau Oberbürgermeisterin, ziehen die Vorlage unter TOP 24.6 in den öffentlichen Teil. Eine Vorlage im nichtöffentlichen Teil und einen Änderungsantrag dazu im öffentlichen Teil zu diskutieren, macht es für diejenigen, die für die Vorlage sind und auch so argumentieren wollen, ein bisschen schwierig. Ich denke, wir sollten schon jetzt überlegen, wo wir die Diskussion führen. Ich bitte hier um eine Bewertung und bedanke mich.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite, das scheint ein Missverständnis, gegebenenfalls auch ein Fehler unsererseits zu sein. Natürlich ist der Änderungsantrag der Vorlage zugeordnet, und diese wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

**Ulrich Breite** (FDP): Dann bedanke ich mich. Auf Seite 11 der Tagesordnung war es im öffentlichen Teil verortet. Darum wollte ich noch einmal nachfragen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke, dass Sie so gut aufgepasst haben. Das ist schon korrigiert. Der Änderungsantrag folgt natürlich der Vorlage, die im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Ich lasse jetzt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, will ich noch Folgendes ankündigen: Es ist ja gute Tradition, dass die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse sich nach der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause noch einmal begegnen. Ich lade Sie ganz herzlich ein, nach der Sitzung im Lichthof des Spanischen Baus gemeinsam anzustoßen.

Ich darf Sie auch einladen, von einem ganz besonderen Gastgeschenk zu kosten. Das ist eine Anregung unserer Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes. Bereits im dritten Jahr in Folge besuchten uns gestern 46 ukrainische Waisenkinder im Alter von 9 bis 15 Jahren. Alle Kinder ha-

ben ein sehr trauriges Schicksal. Sie haben ihre Eltern durch die kämpferischen Auseinandersetzungen in der Ukraine verloren. Sie kamen auf Einladung des Kooperativen Kölner Herzzentrums und der Ehrengarde nach Köln und dann auf unsere Einladung ins Historische Rathaus. - Ich danke Ihnen sehr, Frau Scho-Antwerpes, dass Sie die Kinder so herzlich empfangen haben. - Die Kinder haben als Geste des Dankes einen großen traditionellen Brotlaib aus Weizenmehl überreicht. Sie alle sollten heute Abend nicht die Möglichkeit versäumen, von dieser besonderen Speise zu kosten.

(Beifall)

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

**2.1 Annahme einer Schenkung von Kunstwerken der Künstlerin Candida Höfer und des Künstlers Wolfgang Tillmans an das Museum Ludwig  
1761/2018**

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei Herrn Jörg Engels für diese großzügige Schenkung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

**3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Neubau eines Bezirksrathauses Innenstadt“  
AN/1047/2018**

Als Erstes hat Herr Frenzel das Wort.

**Michael Frenzel** (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es geht in unserem Antrag um das Bezirksrathaus Innenstadt, aber auch noch um einiges mehr. Ich möchte heute den Impuls geben zu einer Kontroverse, aber nicht zu einer politischen Kontroverse; das möchte ich ganz ausdrücklich sagen.

Wenn wir jetzt bei diesem wunderbaren Wetter nach draußen schauen, sehen wir die Touristenströme, die sich durch unsere Stadt bewegen. Ich war heute wirklich überrascht und beeindruckt, wie viele Menschen dieses Jahr hier unterwegs sind - und sich die schönen Seiten Kölns

anschauen. Wir wissen, Köln hat schöne Stellen, wo die Leute gern hinschauen. Es gibt aber auch andere, wo die Leute nicht so gern hinschauen. Ich glaube, die Liedzeile - keine Angst, ich werde jetzt nicht singen; ich bin kein begnadeter Sänger, Herr Dr. Schlieben, Sie können mir ja vielleicht mal Nachhilfe geben - „Die Hüs´cher bunt om Aldermaat sin Zeuge kölscher Eigenaat“ fasst gut zusammen, um was es hier geht: Wie gestalten wir unsere Stadt, und wie verändert sie sich auch über Architektur und Städtebau?

Das lässt sich auch heute noch sehr gut sehen am Gürzenich-Quartier. Dort ist ein ganzer Block abgerissen worden. Zwei Eigentümer waren aber nicht bereit, zu verkaufen. Also blieben diese Gebäude stehen und ähneln nun zwei Zähnen in einem ansonsten zahnlosen Mund. Hier sehen wir den Konflikt zwischen den für eine Großstadt maßstäblichen Entwicklungen im Zuge heutiger ökonomischer Prozesse und dem, was eine europäische Stadt eigentlich heute ausmacht, nämlich die Kleinteiligkeit, die kleinen Gebäude, von Architekten und Stadtplanern als Körnigkeit bezeichnet.

Wir sollten in unsere Überlegungen unbedingt miteinbeziehen: Wie entwickeln wir Körnigkeit von Stadt? Wie planen wir die Stadt weiter? Wir hier im Rat, im Stadtentwicklungsausschuss, im Gestaltungsbeirat sind diejenigen, die dies tatsächlich in der Hand haben und beeinflussen können.

Und genau das haben wir auch hier, im Laurenz-Quartier, nur wenige Schritte von der Zuschauertribüne entfernt, in der Hand: Zwei große Blöcke im historischen Kern der Altstadt wurden von einem Investor größtenteils erworben. Es ist nur noch wenig übrig, was im Besitz der Stadt ist, und genau darum geht es jetzt: das Bezirksrathaus. Deswegen ist es mir so wichtig, dass wir uns mit diesem Thema auch hier an dieser Stelle befassen.

Es läuft ja bereits ein Wettbewerb zum Bezirksrathaus. Noch mal vielen Dank für all die Impulse. Wir waren uns alle einig, dass wir mehr städtebauliche Qualität an dieser Stelle wollen. Ein Vorschlag war, den Karl-Küpper-Platz zu verlegen und das Bezirksrathaus an dieser Stelle neu zu bauen. Ich finde diesen Vorschlag gut. Es liegt geradezu auf der Hand, das merklich in die Jahre gekommene Bezirksrathaus am Laurenzplatz neu zu bauen und in die Entwicklung dort miteinzubeziehen. Wir hoffen, dass wir keine Entwicklung aus einem Guss bekommen, also einen großen Klotz, wie er auch in Bielefeld ste-

hen könnte. Wir müssen bei dieser Entwicklung auch die kölsche Eigenart im Auge behalten.

Wenn das städtebauliche Verfahren abgeschlossen ist, was sich sehr genau an der Maßstäblichkeit an diesem Ort orientieren muss, auch was die Ausnutzung angeht - da gibt es sicherlich Widersprüche auch in Bezug auf ökonomische Interessen -, müssen wir sehr genau darauf achten, dass dabei auch die Kömigkeit der historischen europäischen Stadt mitbedacht wird.

Ich kann mir dort eine vielfältige Architektur vorstellen und hoffe, dass dies von den vielen Architekten, die sich dann am Architekturwettbewerb - das ist der nächste Schritt - beteiligen werden, auch so aufgegriffen wird.

Wir haben an dieser Stelle die große Chance, Fehlentwicklungen aus den 50er- und 60er-Jahren zu korrigieren. Gleichzeitig besteht das Risiko, eben weil dieses Gebiet so groß, dass es, wenn es in einem Guss entwickelt wird, sehr eintönig aussehen könnte.

Es gibt in Frankfurt ein sehr interessantes Beispiel, die sogenannte neue Frankfurter Altstadt. Professor Christoph Mäckler, der Vorsitzende des Gestaltungsbeirats in Frankfurt und selbst Architekt, hat einige aus meiner Sicht auch für uns sehr wegweisende Dinge gesagt:

Man sieht, dass die Altstadt gar nicht so eng ist, wie man vorher gedacht hat. Die Straßen und Plätze haben eine sehr gute Größe. Es ist ein Stück Geschichte, das dort wiederentsteht. Man kann sehr gut nachvollziehen, wie die Menschen dort früher gelebt haben. Unter dem historischen Krönungsweg ist heute zwar eine Tiefgarage, aber man sich doch vorstellen, wie dort einmal die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation entlangelaufen sind.

Das kann ich mir auch gut für die Via Culturalis an dieser Stelle vorstellen, nämlich dass dort ein autofreier Bereich entsteht, der sich vom Kapitolsberg bis zum Dom durchzieht und der an einer maßstäblich gebauten neuen Kölner Altstadt entlangführt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns diese Chance nutzen! Mäckler hat uns mit seiner Umsetzung in Frankfurt die Angst genommen. Auf die Frage: Kann man denn originalgetreue Nachbauten - das sind ja keine mittelalterlichen Gebäude - mit moderner Dämmung bauen?, hat er gesagt: Natürlich sind

das Architekturen, die unserer Zeit entsprechen. Es gibt junge Architekturbüros, die hervorragende Stadthäuser bauen können. - Das ist das, was aus meiner Sicht als Konzept zum Laurenz-Quartier an dieser Stelle passen könnte. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und würde mich freuen, wenn ich damit einen Impuls für die zukünftige Diskussion um die Frage „Wie entwickeln wir den Kernbereich der Altstadt weiter?“ gegeben habe.

(Beifall bei der SPD und  
sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächstes hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Frenzel, erst mal herzlichen Dank für die städtebauliche Einordnung, wobei ich Ihnen ehrlich sagen muss, dass mir das jetzt etwas zu kleinteilig war. Solche Debatten können hier vielleicht in einer Gesamtschau geführt werden, gehören aber eher in das Begleitgremium, in die Jury. Sie wissen, dass wir uns in der Jurysitzung zunächst auf zwei Runden geeinigt hatten, dann aber gemeinsam festgelegt haben, dass wir, weil wir in der Tat mit den Zwischenergebnissen nicht zufrieden waren, einen dritten Schritt nachziehen werden. Ich glaube, es ist gut, dann auch über Proportionen, Sichtachsen, Wegebeziehungen usw. nachzudenken.

Gleichwohl will ich auf den Kern des Antrags aufmerksam machen. Es geht in der Gesamtbetrachtung dieses Quartiers auch um die Einbindung des Bezirksrathauses Innenstadt. Man muss es leider so sagen: Das Bezirksrathaus bzw. die dortige Meldehalle ist abgängig und bedarf einer sehr ordentlichen Neuaufstellung, einer Neuplanung. Es gehört auch an diesen Ort als Baustein für die Entwicklung des Laurenz-Quartiers. Insofern ist es, glaube ich, gut, dass sich alle Fraktionen auf diesen Antrag verständigt haben und wir gemeinsam heute den Auftrag geben, hier eine Neuplanung zu starten und dem Bezirk I zunächst formal eine neue Heimat in einigen Jahren zu geben.

Neben der Schaffung der technischen Voraussetzungen - Raumprogramm usw. - hat es auch mit Wertschätzung zu tun, zu klären, wo die Kolleginnen und Kollegen der BV I tagen werden, ob vielleicht auch der Rat Räumlichkeiten durch Schaffung zusätzlicher Sitzungsräume dort nut-

zen kann. Insgesamt ist es, glaube ich, wichtig, dass wir heute ein starkes gemeinsames Signal für das Bezirksrathaus Innenstadt senden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächste hat Frau Jahn das Wort.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin! Die Idee, diesen Antrag zu formulieren, kam ja von allen demokratischen Parteien, und zwar noch während des Wettbewerbs „Laurenz-Carré“. Ich möchte mich noch einmal bei allen bedanken, die bei diesem Antrag mitgemacht haben, und hervorheben, dass alle demokratischen Parteien hier sehr gut zusammengearbeitet und diesen Antrag sehr schnell auf den Weg gebracht haben.

Vieles ist bereits zu dem Ort und seiner städtebaulichen Einordnung gesagt worden. Ich will das ein bisschen absichten und sagen: Wir wollen auch die Chance nutzen, dort städtebaulich etwas neu zu sortieren. Im Wettbewerb ist uns klar geworden: Die alte Stadt an dieser Stelle eins zu eins wieder aufzubauen, wäre eine vertane Chance. Wir wollen, dass dort auch eine Neusortierung vorgenommen wird, zum Beispiel indem der Karl-Körper-Platz verlegt wird oder neue Durchgänge geschaffen werden. Und wir brauchen dort ein neues Bezirksrathaus.

Neben all den städtebaulichen Aspekten wissen wir auch, dass es sowohl Raumbedarfe bei der BV I als auch Raumbedarfe bei den Fraktionen und wahrscheinlich auch bei der Verwaltung im Rathaus gibt, die neu abgebildet werden müssen. Diese Raumbedarfe in gewisser Weise abdecken zu können, dafür bietet der Neubau des Bezirksrathauses die Chance.

An einer Stelle, lieber Kollege Frenzel, habe ich eben etwas geschluckt - das habe ich im Wettbewerb auch schon gesagt -, nämlich als Sie sagten: Wir bauen dort die neue Kölner Altstadt. Im Wettbewerb hieß es sogar: Wir fangen da bei null an. - Ich glaube, an diesem Ort fängt man nie bei null an, dort ist nie etwas neu. Wir müssen da immer auch an 2000 Jahre Geschichte anknüpfen und die Stadt weiterbauen. Ich finde den Begriff „neue Kölner Altstadt“ gerade an diesem Ort etwas unpassend. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wünscht von der LINKEN jemand zu sprechen? - Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck** (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Vorredner sind ja schon kurz darauf eingegangen, woher die Idee stammt, auch wenn Herr Frenzel gedanklich schon auf anderen Wegen unterwegs ist. Ich weiß gar nicht, ob er das Wort „Rathaus“ in seiner Rede überhaupt einmal verwendet hat. Aber dazu sage ich gleich noch etwas.

(Martin Börschel [SPD]: Steht im Antrag!)

- Ja, im Antrag.

Der Wettbewerb für diese beiden Blöcke, die direkt hier nebenan liegen, läuft ja noch. Es gab sehr kreative Kölner Architekten, die sehr mutig an die Sache herangegangen sind und entgegen der eigentlichen Vorgabe „Das Bezirksrathaus muss erhalten bleiben“ gesagt haben: Um das Quartier am Laurenzplatz zu entwickeln, müssen wir es dort miteinbeziehen.

Daraus ist die Idee entstanden, den Karl-Körper-Platz zu verlagern von der Stelle, wo er sich jetzt in einer Art von Dornröschenschlaf befindet, zur Großen Budengasse, auch weil die Große Budengasse eine zentrale Verbindung von der Einkaufsstadt in Richtung Rhein durch die Altstadt ist. Dort in der Mitte einen Platz zu haben, der mit Außengastronomie und mit Einzelhandel entsprechend einladend ist, ist eine geniale Idee.

Es gibt noch eine zweite geniale Idee, nämlich die Gasse, die am Heinzelmännchenbrunnen herauskommt und bis jetzt eher Hinterhofcharakter hat, geradeaus weiterzuführen, möglicherweise bis zum Laurenzplatz.

Beide Ideen greifen natürlich massiv in den Grundriss ein, sodass der Investor sagen könnte: Um Gottes willen! Muss ich da erst auf die Stadt warten? Blockiert das nicht mein ganzes Projekt?

Wir, die stadtentwicklungspolitischen Sprecher, haben gesagt: Wir schaffen das. Wir bringen das noch in die Ratssitzung vor der Sommerpause

ein. Deswegen bin ich auch den Kolleginnen und Kollegen dankbar, dass Sie dieses Bestreben positiv aufgenommen und sich auf eine gemeinsame Formulierung verständigt haben, an der insbesondere auch die CDU mitgewirkt hat. Das ist der Hintergrund, warum wir uns hier heute darüber unterhalten.

Wir sagen: Okay, wenn dieses Bezirksrathaus nicht optimale Voraussetzungen vorhält - ich schaue in Richtung des Bezirksbürgermeisters - und man sich wünscht, dass die Raumsituation dort verbessert wird, dann ist jetzt die optimale Gelegenheit, ein neues Bezirksrathaus zu bauen sowie neue Aufenthaltsqualität an einem neuen Karl-Küpper-Platz zu schaffen und diese Gasse von der Salomonsgasse bis zum Laurenzplatz zu führen.

Das ist der Hintergrund, warum wir heute diesen Antrag zur Beschlussfassung vorlegen. Ich hoffe, dass wir dann - Herr Greitemann, Sie haben das Verfahren sozusagen geerbt - mit dem Investor möglichst schnell in der Planung weiterkommen. Er hat ja auch auf Zeit gedrängt. Wir bringen hier jetzt unseren Teil der Vereinbarung ein.

Zu den Ausführungen von Michael Frenzel. Es mag sein, dass sie eher in eine Fachdiskussion im Stadtentwicklungsausschuss gehören als in eine Debatte hier in den Rat. In den Preisgerichten diskutieren wir immer auch die Frage: Darf die Fassade eines großen Blocks etwas vorgaukeln, was dahinter tatsächlich nicht ist? Kann man, wenn man ein großes Hotel oder ein großes Bürogebäude baut, eine Fassade davorsetzen, die suggeriert, dass es hier viele kleine Altstadthäuschen gibt?

Wir haben das hier in Köln zum Beispiel am Gebäude der Generali-Versicherung an der Nord-Süd-Fahrt, wo faktisch vier Häuser nebeneinanderstehen, hinter der sich aber nur eine Versicherung verbirgt. Das hat man damals gemacht, weil man nicht wusste, ob das Gebäude von einem genutzt wird oder es auf viele Einzelnutzer aufgeteilt wird.

Das ist die Diskussion, die wir auch in den Preisgerichten führen. Deswegen bin ich skeptisch, ob der Weg, den Frankfurt gewählt hat - den will ich hier gar nicht kritisieren -, auch für Köln empfehlenswert ist. Wir haben die Diskussion über diese Kömigkeit gerade bei der Porzer Mitte geführt. Da gab es Vorschläge, vor die drei großen Blöcke - Haus 1, Haus 2, Haus 3 - Fassaden zu setzen, die mit der Altstadtkulisse, mit dem Alter Markt, bebildert sind und suggerieren: Wir machen aus dem Friedrich-Ebert-Platz in Porz ei-

nen Porzer Alter Markt. - Dazu haben die Porzer Kollegen - ich schauen den Porzer Bezirksbürgermeister an - gesagt: Wir lieben den Alter Markt, aber wir wollen hier kein Plagiat haben. - Das ist eine Entscheidung, die man vielleicht auch hier fällen muss.

Aber lassen Sie uns diese Diskussion nicht hier und heute führen! Heute geht es um das Rathaus, das wir in dieses Projekt mit einbinden wollen. Lassen Sie uns den anderen Teil der Diskussion noch mal im Stadtentwicklungsausschuss aufgreifen und ansonsten in den Preisgerichten führen, wo er hingehört! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann hat jetzt das Wort.

(Michael Frenzel [SPD]: Ich habe noch eine Zwischenfrage!)

- Dazwischen geht nun nicht mehr, aber als Nachfrage gern.

**Michael Frenzel (SPD):** Ich hatte mich kurz vor Ende der Rede von Herrn Sterck gemeldet.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tut mir leid, das habe ich nicht gesehen.

**Michael Frenzel (SPD):** Alles gut. - Lieber Kollege Sterck, ich kann nachvollziehen, dass zu Porzer Fassaden nicht unbedingt die Kölner Altstadt gehört. Aber der Laurenzplatz wäre sicherlich genau der richtige Ort dafür. Darüber sollte man zumindest einmal nachdenken.

**Ralph Sterck (FDP):** Ja, Kollege Frenzel, wir werden darüber nachdenken. Es wird Vorschläge geben. Diese werden wir dann im Preisgericht und im Stadtentwicklungsausschuss bewerten. Sie haben dort eine Stimme, ich habe dort eine Stimme. Aufgrund meiner Erfahrungen - ich habe in der Vergangenheit in mehreren Dutzend Preisgerichten gesessen - habe ich eine Ahnung, was die Fachpreisrichter dazu sagen könnten, nämlich: Wir wollen keine vorgegaukelte Fassade vor großen Blöcken. - Das war jedenfalls bisher die Stimmung. Sie wollen eine andere Stimmung erzeugen; das ist okay. Wir müssen gu-

cken, ob es dafür eine Mehrheit gibt bzw. wie wir entsprechende Mehrheiten organisieren können. Aber diese Diskussion gehört nicht hierhin, sondern in die genannten Gremien.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat aber Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wären auch gerne Mit Antragsteller geworden und unterstützen selbstverständlich diesen Antrag und werden dafür stimmen. Der Antrag hat mehrere geniale Ideen. Eine weitere geniale Idee, Herr Sterck, wäre, in diesem Bezirksrathaus auch Räume für Einzelmandatsträger vorzusehen.

(Heiterkeit)

- Die FDP Innenstadt weiß, wovon ich spreche. - Uns ist aufgefallen, dass das bislang so nicht vorgesehen ist, weder im Bezirksratshaus Innenstadt noch in dem von Ehrenfeld; bei anderen Stadtbezirken weiß ich das nicht so genau. Um diesen Passus im Antrag mit Leben zu füllen, würden wir uns natürlich sehr freuen, wenn Ordnungen, Satzungen oder Ähnliches dahin gehend angepasst werden, dass Einzelmandatsträger künftig Anspruch auf einen eigenen Raum in diesem Rathaus haben. Unser Einzelmandatsträger in der BV Innenstadt freut sich schon. Und Herr Hupke freut sich, glaube ich, auch schon auf sein neues Rathaus.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann kann er uns das ja gleich mitteilen. Er hat nämlich jetzt das Wort.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Freude komme ich gleich. - Die Raumlösung für Einzelmandatsträgern dürfte ganz einfach sein: In dem neuen Gebäude wird es ein großes Zimmer geben, in dem vier Schränke stehen. Dann haben die Einzelmandatsträger dieselben Bedingungen wie alle anderen Mandatsträger auch.

Ich finde, das ist heute schon ein historischer Tag. Das sage ich als jemand, dem immer noch in den Knochen sitzt, dass vor 15 Jahren der Sitz der Bezirksvertretung Innenstadt-Deutz, das Disch-Haus - ein wunderschönes Gebäude von

Bruno Paul -, vom Rat der Stadt Köln verkauft worden ist. Das meine ich jetzt rein historisch und nicht bewertend. Das war schon ein sehr trauriger Moment.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist keine Bewertung?)

Seitdem sind wir umhergewandert, wurden mal hierhin und mal dorthin geschubst. Das wird jetzt ein Ende haben, zumindest wenn dieser Beschluss heute so gefasst und dann in ein paar Jahren umgesetzt sein wird.

Als beratendes Mitglied in diesem Preisgericht kann ich sagen: Das sind hervorragende Entwürfe. Ich habe es bei einem solchen Preisgericht noch nie erlebt, dass alle demokratischen Fraktionen die Köpfe zusammengesteckt, quasi einen organischen Entwicklungsprozess angestoßen haben zu der Frage: Was machen wir jetzt mit dem Rathaus? Da wurden auch die BV und die einzelnen Kolleginnen und Kollegen miteinbezogen. Das Ergebnis liegt Ihnen jetzt zur Entscheidung vor.

Von daher kann ich hier auftragsgemäß sagen - das mache ich zwar selbst dann, wenn ich nicht dafür gestimmt habe; aber in diesem Fall habe ich natürlich sehr gern dafür gestimmt -: Ich bitte um Ihre Stimme. Allen, die daran so konstruktiv mitgearbeitet haben, inklusive der Frau Oberbürgermeisterin, OB-Büro, Verwaltung usw., sage ich aus tiefstem Herzen: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

**3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Jobrad für städtische Beamte und Beschäftigte“**  
AN/1027/2018

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT**  
AN/1106/2018

und gebe Herrn Klausing das Wort.

**Christoph Klausning** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der städtischen Internetseite finden wir

(Zurufe: Im Moment nichts!)

zwar im Moment nichts, aber ansonsten generell ein paar gute werbende Worte für den attraktiven Arbeitgeber Stadt Köln. Da ist von familienfreundlichen Rahmenbedingungen, von großzügigen Gleitzeitregelungen, von zusätzlicher Betriebsrente, von Gesundheitsmanagement, von einem umfassenden Fortbildungsprogramm, vom VRS-Ticket und vielen weiteren Leistungen die Rede.

Wir sagen: Dieses Paket darf noch erweitert werden. Mit dem freiwilligen Angebot eines Jobrad-Leasings, also eines Fahrrads, das man über den Arbeitgeber leasen kann, um zur Arbeit zu fahren, aber auch in der Freizeit zu nutzen, wollen wir die Stadt Köln als Arbeitgeber noch attraktiver machen.

In der Privatwirtschaft gehört solch ein Angebot fast schon standardmäßig dazu. Das verbreitet sich immer mehr. Es gibt heute schon über 200.000 geleaste Räder in der privaten Wirtschaft, die bundesweit auf den Straßen unterwegs sind.

Warum sollten also wir als Kommune, als öffentlicher Sektor, die wir doch gerade im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehen, da zurückstehen? Wollen wir nicht selber auch, dass die Stadt Köln ein attraktiver Arbeitgeber ist und draußen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird?

Für unsere Fraktion steht fest: Wir wollen das. Wir schaffen das. Wir wollen, dass das Rad-Leasing ein weiterer Baustein wird, um die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung attraktiver zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass damit ein weiterer Schritt zur Mobilitätsverbesserung, aber auch zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegangen wird.

Ich fand es recht spannend, zu lesen, was die Weltgesundheitsorganisation zum Thema Fahrradverkehr schreibt, nämlich dass er sowohl den Menschen guttut als auch unter monetären Aspekten gut ist. - Ich komme gleich noch aufs Geld zu sprechen; es gibt deswegen ja einige Kritik vonseiten der Gewerkschaften. - Die Weltgesundheitsorganisation sagt: Jeder Radkilome-

ter spart 12,5 Cent an Gesundheitskosten. Wenn man regelmäßig Fahrrad fährt, sind es etwa 90 Euro pro Jahr.

Dieser Wert dürfte noch deutlich höher liegen, wenn man sein Dienstrad sowohl für die Fahrt zur Arbeit als auch in der Freizeit nutzen kann. Nehmen wir mal an, es sind 10 Kilometer hin und zurück zur Arbeit, dann kommt man locker auf gesamtwirtschaftliche Einsparungen im Gesundheitssystem von 325 Euro pro Jahr. - Zwischenfazit für uns: Wenn wir den Radverkehr fördern, reduzieren wir die Ausgaben im Gesundheitswesen erheblich und schaffen zusätzlich eine höhere Lebensqualität.

Ich hatte eben schon die Kritik von Verdi angesprochen. Die von Verdi benannten Kosten sind vollkommen richtig. Verdi hat gesagt: Bei durchschnittlich 19,5 Jahren Rentenbezug fehlen bei dem Modell, das wir vorgeschlagen haben, insgesamt 310,20 Euro, umgerechnet also 1,33 Euro pro Rentenmonat. - Dazu will Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn ich 19,5 Jahre im Rentenbezug bin, fröhlich radelnd, weil bei bester strotzender Gesundheit, dann sind 1,33 Euro gut angelegtes Geld, und das mache ich gern.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wahr ist natürlich: Leasing verursacht Mindereinnahmen in der Renten- und Krankenversicherung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE.]: Staatliche Bevormundung! - Gegenruf von Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das sagt der Richtige! - Jörg Detjen [DIE LINKE.]: „Veggie Day“ in schwarz! - Weitere Zurufe)

Frau Oberbürgermeisterin, ich darf auf diese Verständnisfrage der Fraktion DIE LINKE mit einer Zwischenbemerkung außerhalb meiner Redezeit antworten.

(Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das Schöne an Schwarz-Grün, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: Wir sind sozial, wir sind ökologisch, und wir sind freiheitlich. Wir machen hier keine Bevormundung, sondern wir tun Gutes für die Menschen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn jemand einen „Veggie Day“ will, kriegt er einen „Veggie Day“, und wenn jemand ein Job-Leasing-Rad haben will, kriegt er ein Job-Leasing-Rad. Sie werden von uns keine Bevormundung erleben, sondern nur Gutes für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Köln.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe eben gesagt: Man muss sich die Kosten ehrlich angucken. Es geht um 310 Euro, die im Nachhinein fehlen werden. Aber ich habe auch gesagt: Wenn 325 Euro auf der gesundheitlichen Haben-Seite stehen, gleicht sich das wieder aus. Wenn ein Mitarbeiter - nach unserer Version - mit 3.300 Euro brutto, Steuerklasse 1, ein 800-Euro-Rad leaset, wären es Mindereinnahmen von 40 Euro im Monat. Wählt er das 3.000 Euro teure E-Bike, wären es 135 Euro.

Ich will an dieser Stelle noch einmal für unseren Appell an die Landesregierung werben, das über die Variante der Entgeltumwandlung zu ermöglichen. Von einem Zuschuss halten wir tatsächlich nichts, weil das steuerfinanziert wäre. Wir wollen das nicht Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufbürden, sondern wir glauben, dass es eine gute gesamtwirtschaftliche Entscheidung ist, die über die Entgeltvariante machbar ist.

Daher lautet unser Fazit: Ob die Beschäftigten sich für ein Dienst-Leasing-Rad entscheiden oder nicht, das wird von uns nicht bevormundet, sondern das ist ein absolut freiwilliges Angebot für jeden, der es für sinnvoll hält. Wir fördern die Gesundheit, schonen die Umwelt und steigern die Attraktivität der Stadt Köln als Arbeitgeber. Deswegen rufe ich Ihnen zu, auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN: Springen Sie auf unser Job-Rad auf und treten Sie mit uns in die Pedale, damit die Stadt Köln ein noch attraktiverer Arbeitgeber wird!

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer hat jetzt das Wort. - Ich kann Ihnen auch mitteilen, dass das Internet jetzt wieder funktioniert.

(Niklas Kienitz [CDU]: Großartig! Wenigstens eine gute Nachricht!)

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolle-

ginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass Sie trotz Internet jetzt weiter zuhören.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mein Kollege Christoph Klausung hat schon Zahlen und Rechenbeispiele genannt. Ich glaube, es ist die persönliche Entscheidung jedes Mitarbeiters und jeder Mitarbeiterin, ob er oder sie das Angebot eines geleasteten Fahrrads in Anspruch nehmen will. Dass wir ihnen jetzt dieses Angebot unterbreiten wollen, ist, glaube ich, der richtige Weg. Lassen Sie uns jetzt damit beginnen und dann schauen, wie das angenommen wird!

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Habt ihr beim Veggie Day auch gesagt! Das war auch freiwillig!)

- War das jetzt eine Zwischenfrage?

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Ich verstehe die Parallele zum „Veggie Day“ nicht ganz. Wenn man jemandem ein Angebot macht, ein Fahrrad zu leasen, kann er das annehmen oder nicht. Fertig! Ihm entstehen keinerlei Nachteile daraus, wenn er sich trotz der Vorteile, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren und dies von seiner Arbeitgeberin zu einem Teil mitfinanziert zu bekommen, entscheidet, das Angebot nicht in Anspruch zu nehmen. Das liegt in der persönlichen Entscheidung jedes und jeder Einzelnen.

Baden-Württemberg hat das Ganze schon vorgemacht. Dort ist das Besoldungsrecht inzwischen dementsprechend angepasst worden. Die Stadtverwaltungen von Freiburg, Heilbronn und Tübingen bieten das schon so an. Auch in der freien Wirtschaft gibt es bereits solche Angebote. Bei der Brauerei Rothaus zum Beispiel läuft das Angebot relativ erfolgreich. Von daher kann ich mich nur dem Appell meines Vorredners anschließen und sagen: Unterstützen Sie diesen Antrag, damit wir hier einen weiteren Baustein in der Mobilitätswende setzen und noch mehr Menschen auch bei den kurzen Wegen, dem Weg zur Arbeit, aufs Fahrrad bringen! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel hat das Wort.

**Volker Görzel** (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt spricht zu Ihnen jemand, der in einem Jahr 2.500 Kilometer mit dem Fahrrad zur Arbeit und zurück fährt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Bravo!)

- Ich sage Ihnen ja nicht, dass ich obendrein noch mit dem Auto fahre. Aber Scherz beiseite! - Es gibt Anträge, zu denen man sehr gerne spricht. Es gibt auch Anträge, in denen sich die Antragsteller und Antragstellerinnen sehr gut wiederfinden können. Ich finde, das ist ein ganz toller Antrag, weil eigentlich jeder hier die Elemente nach seiner Fassung betonen kann.

Ich denke, jeder von uns hat mitbekommen, dass in der freien Wirtschaft Leihfahräder, insbesondere E-Bikes momentan der absolute Knaller sind. Die E-Bike-Leasinggesellschaften kommen kaum noch nach, die gestellten Anträge abzuarbeiten. Draußen in der freien Wirtschaft versteht keiner, dass das im öffentlichen Bereich so heftig diskutiert wird.

Über die Umweltgesichtspunkte und die Gesundheitsgesichtspunkte wurde hier schon gesprochen. Ich möchte mich ganz kurz mit den Argumenten der SPD und insbesondere von Verdi auseinandersetzen. Lustigerweise habe ich hier schon beim letzten Mal über SPD und Verdi gesprochen. Es scheint da doch eine gewisse Allianz zu geben.

Den Hinweis von Verdi auf § 4 Absatz 3 Tarifvertragsgesetz halte ich persönlich - und ich kenne mich in solchen Sachen einen Tick aus - für vorgeschoben. Das Günstigkeitsprinzip besagt, dass man als Arbeitgeber mit Arbeitnehmern individuell bessere Arbeitsbedingungen aushandeln kann als die, die im Tarifvertrag stehen. Bei allem Respekt vor der Tarifautonomie und den Tarifparteien denke ich: Hier geht es individuell darum, die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern. Wenn jemand seine Arbeitsbedingungen verbessern möchte, dann soll er das meiner Ansicht nach auch tun können.

(Beifall bei der FDP)

Wir erleben gerade, dass in der Betriebsräte- bzw. Personalräteszene landauf, landab Mustervorlagen von Betriebsvereinbarungen zu diesem Thema weggehen wie warme Semmeln. Das ist echt ein modernes Zukunftsthema.

Umso weniger kann ich verstehen, dass die SPD sich hier ein bisschen in die Schmollecke zurückzieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihr Änderungsantrag trägt die Handschrift der Frackigkeit, wie man in Köln sagt. Sie können nicht anders. Eigentlich wollen Sie all das, was in unserem Antrag steht. Sie wollen Gesundheit fördern. Sie wollen Umwelt fördern. Sie wollen die Straßen entlasten. Aber Sie schreiben das nicht. Deswegen verstecken Sie sich aus meiner Sicht hinter vorgeschobenen Gründen. Zur Tarifautonomie habe ich bereits etwas gesagt.

Wenn man den Änderungsantrag liest, stellt man fest: Der atmet den Geist - ich sage jetzt das böse Wort - der Bevormundung und den Geist der öffentlichen Dienste. Warum soll es gerade die KVB sein, die hier ein Erstzugriffsrecht, um nicht zu sagen: ein Monopol, hat, Modelle zu entwickeln? Das können doch die Unternehmen draußen viel besser. Gönnen wir denen doch ein bisschen Wettbewerb!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie schlagen ein Zuschussmodell vor. Ich bitte Sie! Ein Zuschussmodell würde die öffentlichen Kassen enorm belasten. Damit liefern Sie ein Argument, warum das Vorhaben - dann aber zu Recht - abzulehnen ist. Das ist nicht durchdacht. Das führt nicht zum Ziel. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie an der Stelle ein wenig konstruktiver und fantasievoller gewesen wären, um das gemeinsame Ziel, das, glaube ich, alle hier im Raum teilen, zu unterstützen.

In diesem Sinne: Wir unterstützen den Antrag gerne, und ich freue mich auf die nächste Fahrradfahrt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind gern Mittragsteller bei diesem Antrag. Das Einzige, was man diesem Antrag aus unserer Perspektive vorwerfen kann, ist, dass er schon vor ein paar Jahren hätte gestellt werden können. Da die gesetzlichen Vorgaben es schon seit fünf, sechs Jahren ermöglichen, das Leasing eines Fahrrads dem Leasing eines Autos gleichzustellen, hätte das schon viel früher beschlossen werden können. Umso mehr freuen wir, dass das jetzt end-

lich auch für die Beschäftigten bei der Stadt Köln möglich werden soll oder kann.

Die positiven Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit sind hier bereits mehrfach angeführt worden. Uns ist es tatsächlich wichtig, damit Leute zu erreichen, die sich auf mittleren Distanzen zu ihrem Arbeitsplatz Stadt Köln bewegen. Wir gehen davon aus, dass die Beschäftigten für kurze Distanzen sowieso schon das Fahrrad nehmen oder aber bei schlechtem Wetter die KVB nutzen. Aber gerade für die mittleren Distanzen bietet es sich an, auf ein Pedelec umzusteigen. Es wird möglich sein, auch das zu leasen. Wir erhoffen uns davon einen positiven Effekt, nämlich dass tatsächlich mehr Leute mit dem Rad zur Arbeit fahren.

Das ist gewiss nur ein ganz kleiner Baustein für die Verkehrswende insgesamt, aber ein wichtiger, zumal die privaten Unternehmen das schon seit vielen Jahren so machen und mit diesem Modell sehr erfolgreich sind.

Zum Antrag der SPD, der LINKEN und der Gruppe BUNT. Ja, uns ist auch aufgefallen, dass Sie in Punkt 1 das Modell „Jobrad“ nicht mit einem einzigen Wort erwähnen. Sie scheinen mit diesem Modell Berührungsängste zu haben. Das Modell „Jobrad“ wird anderswo schon erfolgreich praktiziert und hat sich dort seit vielen Jahren bewährt. Warum also nicht auch in Köln? Insofern ist es wirklich gut und sinnvoll, das jetzt auch in Köln zu machen.

Interessant finde ich Punkt 2 Ihres Antrags, der ja im Übrigen nur ein Prüfantrag ist. Aber die Überlegung, das im Einklang mit dem Stadtwerke-Konzern zu machen, halte auch ich für sinnvoll. Von daher beantrage ich, Ihren Antrag punktweise abzustimmen. Beschlusspunkt 2 Ihres Antrags können wir zustimmen, nämlich Synergien mit dem Stadtwerke-Konzern zu prüfen.

Zu den Anmerkungen zu Verdi. Ich kenne die Argumente von Verdi. Ich habe mich noch mal auf den Internetseiten des Auto Club Europa, einem gewerkschaftsnahen Autoclub, schlaugemacht. Dort, liebe SPD, wird das Modell „Jobrad“ ausdrücklich begrüßt und empfohlen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/ Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das war ja jetzt einiges, was uns hier vor die Füße gekippt wurde. Umso schöner ist es, darauf zu replizieren und die Dinge einmal geradezurücken.

Ich glaube, über das gemeinsame Ziel, die Fahrradmobilität zu fördern auch und gerade für die Beschäftigten bei der Stadt Köln, sind wir uns völlig einig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dazu zwei verschiedene Meinungen gibt. Dass die Stadt Köln als Arbeitgeberin und als Dienstherrin ihre Bediensteten dabei unterstützen soll, auch da sind wir, glaube ich, schnell beieinander.

Aber - und das ist der entscheidende Punkt, um den Sie alle drumherum reden -: Das Leasing ist dafür der falsche Weg. Das hat zum einen schon formelle Gründe. Sie wissen ganz genau, Herr Görzel: Selbst wenn Ihre Rechtsauslegung zutrifft, dass das jetzt schon nach Tarifvertragsrecht möglich wäre - das mag so sein -, dann gilt das für Beamte jedenfalls nicht. Das erkennen Sie mit Ihrem Antrag auch selbst an; denn Sie regen ja eine Gesetzesänderung auf Landesebene an. Dazu kann ich nur sagen: Ja, schöne Sache! Aber wir wollen doch hier und jetzt handeln und nicht die Beamten dieser Stadt so lange vertrösten müssen, bis vom Land das Gesetz geändert wird, was mit einer gewissen Vorlaufzeit verbunden sein dürfte.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Bitte?

(Christoph Klausning [CDU]: Diese Regierung ist entfesselt!)

- Genau, diese Regierung ist entfesselt - im Nirgendwo.

(Beifall bei der SPD)

Sagen wir es mal so: Ich traue ihr alles zu. Das ist vielleicht die richtige Formulierung: Ich traue Ihnen alles zu. - Wenn wir dieses Modell jetzt einführen würden, käme es definitiv zu einer Ungleichbehandlung von Beamten und Angestellten. Ich weiß nicht, was das soll.

Zweitens - und das ist der entscheidende Punkt, um den Sie hier alle drumherum reden -: Selbst wenn Sie die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen würden, wäre das auch inhaltlich der falsche Weg, weil das ganz konkrete negative Folgen für die Bediensteten, für die Angestellten bei der Stadt Köln hätte. Die Bemessungsgrundlage für die Sozialleistungen würde gekürzt. Das

würde zum einen die Rentenzahlung und zum anderen die sonstigen Sozialleistungen wie Krankengeld und Elterngeld betreffen. Ich weiß nicht, warum Sie an diesem Modell unbedingt festhalten wollen, obwohl es alternative Modelle gibt, die wesentlich eleganter, besser und zielgenauer sind und allen helfen können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Kommen wir jetzt mal zu unserem Antrag und zu dem, was wir an Verbesserungsvorschlägen haben. Ich wüsste gern, welches Problem Sie damit haben, wo wir uns doch in dem Ziel einig sind, Fahrradmobilität zu fördern. Es gilt Lösungen zu entwickeln, die jetzt sofort umgesetzt werden können, ohne Gesetzesänderung und ohne die angesprochenen Nachteile für die Angestellten bei der Stadt Köln.

Schon jetzt könnte zum Beispiel mit zinslosen Darlehen, ausgereicht von der Stadt Köln als Arbeitgeberin, gearbeitet werden. Schon jetzt könnte mit Zuschüssen der Arbeitgeberin gearbeitet werden. Warum muss die Last den Arbeitnehmern, den Angestellten aufgebürdet werden? Warum können wir nicht auf die Angestellten zugehen und sagen: „Wir helfen euch mit zinslosen Darlehen“? Das würde helfen. Das würde die Fahrradmobilität fördern. Ihnen geht es nur um das Leasing-Modell, das schlecht ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zu Punkt 2 unseres Antrags, der Kooperation mit den Stadtwerken, hat Herr Zimmermann gesagt, er wüsste nicht, was dagegensprechen sollte, zu prüfen, ob sich Synergieeffekte erzielen lassen, wenn ein entsprechendes Modell für die Mitarbeiter bei der Stadt *und* beim Stadtwerke-Konzern eingeführt würde. Gegebenenfalls wäre das insgesamt billiger.

Abschließend will ich kurz zusammenfassen: Wir sind uns einig im Ziel, die Fahrradmobilität zu fördern. Wir sind uns nicht einig, was das richtige Instrument ist. Das richtige Instrument ist jedenfalls nicht das Leasing-Modell. Das erweist sich Danaergeschenk für die Angestellten. Ich wüsste nicht, was das soll. Wenn wir uns in dem Ziel einig sind, die Fahrradmobilität zu fördern, lassen Sie uns alternative Modelle wie Zuschüsse oder zinslose Darlehen prüfen! Schließen Sie sich der Stimme der Vernunft an, und stimmen Sie für unseren Antrag!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek hat jetzt das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE.):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Wir werden heute über zwei Anträge entscheiden, die eine gemeinsame Zielrichtung haben: das Vorhaben umweltfreundliche Mobilität und gesunde und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln durch die Anschaffung von Fahrrädern. Das wollen alle Antragsteller. So weit, so gut.

Allerdings geht der Antrag der Grünen, der CDU, der FDP und der Gruppe GUT nicht in die richtige Richtung. Gerne gehe ich auf die einzelnen Knackpunkte ein:

Es soll ein Leasingmodell beschlossen werden. Die Beschäftigten sollen die Leasingraten durch eine Entgeltumwandlung bezahlen. Wie die Entgeltumwandlung vonstattengehen soll, wurde hier schon erläutert. Die Stadt wickelt das ab, der Staat fördert diese Form der Finanzierung, indem auf den umgewandelten Anteil des Entgelts keine Einkommensteuer und keine Sozialabgaben erhoben werden. Es ist also auch zu bedenken, dass dem Staat dadurch Einkommensteuer und Sozialabgaben entgehen.

Nur vorab: Eine solche Regelung ist mit dem bestehenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gar nicht vereinbar.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dieser lässt eine Entgeltumwandlung lediglich für die Altersvorsorge zu. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Bei mir gibt es eine Entgeltumwandlung, aber eben nur bei der Altersvorsorge.

Um dem Einwand entgegenzutreten, dass das so zulässig sei, will ich hier gern auf Folgendes verweisen: Zur rechtlichen Situation hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, VKA, gegenüber den kommunalen Arbeitgeberverbänden nochmals, ganz aktuell im Juni 2018, darauf hingewiesen, dass bei Fehlen einer Öffnungsklausel für die Beschäftigten die Entgeltumwandlung zugunsten von Leasingverträgen auch weiterhin nicht zulässig ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Hör! Hör!)

Das heißt: Es wird im Grunde jetzt etwas geprüft, dessen Ergebnis am Ende negativ ausfallen wird. Das raubt der Verwaltung unnötig Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch gern auf das eingehen, was Herr Görzel zu § 4 Absatz 3 TVG Günstigkeitsprinzip gesagt hat. Warum die Entgeltumwandlung hier günstig sein soll, weiß ich nicht. Ich halte das für keine günstige Lösung für einen Arbeitnehmer, einen Angestellten. Das fällt nicht unter Günstigkeit; denn das ist für ihn eher negativ. Das hat Herr Krupp ja auch schon erwähnt.

Es stellt sich die Frage, ob die Beschäftigten davon profitieren. Ja, allerdings nur diejenigen, die sich eine Entgeltumwandlung leisten können. Das werden vor allem die höheren Entgelt- und Besoldungsgruppen sein. Wer wenig verdient, kann nicht mal einfach so auf einen Teil seines Monatslohns verzichten.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach!)

Herr Klausling, selbst wenn es hier nur um 1 Euro weniger ginge, muss ich Ihnen sagen: Das ist für manche Menschen viel Geld. Das ist einfach so. Es kann sich nicht jeder leisten, darauf zu verzichten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 1 Euro?)

- Es wurde ja von weniger Rente gesprochen. 1,33 Euro pro Monat, das ist für manche Rentner viel Geld.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das sehen Sie so. Jetzt rede ich.

Es gibt weitere Nachteile einer Entgeltumwandlung. Von dem Teil des Entgelts, der umgewandelt wird, werden keine Beiträge in die Sozialversicherung bezahlt. Auf diese Weise sinken die individuellen Ansprüche des Arbeitnehmers; denn diese berechnen sich nach dem sozialversicherungspflichtigen Entgelt. Entgeltumwandlung bedeutet also: weniger Krankengeld, weniger Arbeitslosengeld, niedrigere Rentenansprüche. Dem kann man nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Interessant ist aber auch, dass die Antragsteller sich nicht vorher mit dem Personalrat in Verbindung gesetzt haben, um erst mal in Erfahrung zu bringen, wie der Bedarf der Beschäftigten ist. Es muss doch auch in Ihrem Interesse sein, zu erfahren, was die Beschäftigten möchten, wenn es um ihre Gesundheit und Motivation geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Bei aller Liebe, ich kann nicht verstehen, dass Sie das nicht mit dem Personalrat besprochen haben.

Aber ich will noch auf etwas anderes eingehen. Die kommunalen Arbeitgeber haben es während der gerade abgeschlossenen Tarifrunde mit Verdi abgelehnt, über ein arbeitgeberfinanziertes Nahverkehrsticket zu verhandeln. Hiervon hätten viel mehr Menschen profitiert. Trotz dieser Ablehnung kommen Sie hier mit einem Leasingmodell, das sich nur ein paar Beschäftigte leisten können.

Schauen Sie sich einmal unseren Antrag an! Da gibt es keine Schwierigkeiten mit der Umsetzung. Es gibt andere Lösungen, um das politische und ökologische Ziel zu erreichen. Von denen können alle profitieren: Die Stadt Köln kann den Beschäftigten für die Anschaffung eines Rads ein zinsfreies Darlehen zur Verfügung stellen oder die Beschaffung eines Fahrrads bezuschussen, und es ist möglich, den Individualverkehr auf das Rad zu bringen, ohne die Beschäftigten oder die Allgemeinheit zu belasten.

Einer Regelung, die zulasten der Sozialversicherung und der individuellen Rentenansprüche der Beschäftigten geht, werden wir nicht zustimmen können. Sie können sich gern unserem Antrag anschließen. Dann gehen wir diesen Weg mit.

Noch eine letzte Anmerkung. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass es in Heilbronn schon das Angebot eines Jobrads gibt. Dazu nur so viel: Von den 2.800 Beschäftigten haben nach acht Monaten 28 Beschäftigte dieses Angebot angenommen. Für einen Zuschuss oder ein zinsloses Darlehen hätten sich bestimmt mehr Beschäftigte entschieden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Die Ratsgruppe GUT hat punktweise Abstimmung des Änderungsantrags beantragt. So werde ich jetzt auch verfahren.

Ich lasse zunächst über Punkt 1 des Änderungsantrags abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Punkt 2 des Änderungsantrags abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT sowie die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Ich lasse über Punkt 3 abstimmen. Wer stimmt dem zu? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Jetzt unser Ursprungsantrag?)

- Nein. Wir sind bei der Gesamtabstimmung des Änderungsantrags. Wie erbeten, hatte ich ihn zunächst punktweise abstimmen lassen. Jetzt muss er noch insgesamt abgestimmt werden. - Zustimmung von der SPD-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT und der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grüne, FDP und GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

**3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Meschenich weiter voranbringen - be-  
zahlbaren und lebenswerten Wohnraum  
mit Infrastruktur schaffen!“  
AN/1041/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Lin-  
ke.  
AN/1110/2018**

und gebe Herrn Struwe das Wort.

**Rafael Struwe** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meschenich, das ist schon ein Menetekel, eine Bezeichnung für einen sozialen Brennpunkt, der leider nur in die Schlagzeilen gerät, wenn es schreckliche Dinge zu berichten gibt. Wir sind der Meinung: Das muss sich dringend ändern.

Natürlich ist in den letzten Jahren schon vieles passiert, auch auf Initiative der SPD bzw.

(Niklas Kienitz [CDU]: Jürgen Roters!)

auf Oberbürgermeister Jürgen Roters zurückgehend. - Herr Kollege, Sie haben es ausnahmsweise mal richtig erkannt. - Ich erinnere an das Sozialraumkonzept, das wir damals gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen beschlossen haben, an das Integrierte Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ und an die Ortsumgehung, die noch unter der rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebracht wurde. Es passiert da schon viel. Viele Menschen engagieren sich vor Ort, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich. Das ist wirklich aller Bewunderung wert und verdient größten Dank.

Wir sind der Meinung: Wir müssen genau jetzt der Verwaltung den Auftrag geben, die nächsten Schritte anzugehen. Machen wir uns nichts vor! Die Schwierigkeiten, die es in Meschenich nun mal gibt, sind an vielen Stellen struktureller Natur. Das heißt: Da muss man noch mal eine Ebene höher gehen und die sprichwörtlich dicken Bretter bohren.

Vier Punkte haben wir identifiziert. Sie können sie zwar auch in unserem Antrag nachlesen, aber ich will hier noch mal einzeln darauf eingehen:

In Punkt 1 geht es um das ganz große Thema Infrastruktur. Die Ortsumgehung hatte ich eben schon erwähnt. Die Hauptstraße ist stark belastet, aber eine Veränderung ist glücklicherweise schon auf dem Weg. Ein weiterer zentraler Punkt ist die ÖPNV-Anbindung. Es gibt mittlerweile den Shuttlebus über Kalscheuren. Aber machen wir uns nichts vor! Das Rückgrat einer vernünftigen ÖPNV-Infrastruktur ist eine schienengebundene Verbindung.

Die Prüfung für Rondorf-Nordwest hat ergeben, dass der Kosten-Nutzen-Faktor positiv ist. Jetzt haben wir die historische Chance, nicht in Rondorf haltzumachen, sondern sozusagen auf den fahrenden Zug aufzuspringen und die Planungen bis nach Meschenich auszuweiten, und zwar nicht nur bis Meschenich-Nord, sondern durch Meschenich hindurch, idealerweise bis in den Meschenicher Süden. Damit müssen wir jetzt loslegen; denn ÖPNV braucht, wie wir alle wissen, einen gewissen Realisierungshorizont.

Punkt 2 unseres Antrags befasst sich mit dem Thema Siedlungserweiterung. Nach wie vor haben wir in der ganzen Stadt ein Riesenwohnungsbauproblem. Auch in diesem Jahr wird es wieder einen Negativrekord in Sachen Fertigstellung von Wohnungen geben. Dass wir das nicht

durch die Potenziale in Meschenich lösen können, ist uns auch völlig klar. Aber es ist ein wichtiger Baustein. Das Stadtentwicklungskonzept bzw. das Wohnungsbauprogramm 2015 sieht etwa 300 Wohneinheiten in Meschenich vor. Da müssen wir jetzt ran.

Das hat mehrere Vorteile: Zum einen wird die Nutzung dieser Potenziale dazu führen, die Verlängerung der Stadtbahnlinie mit entsprechenden Fahrgastzahlen begründen zu können. Zum anderen kann der gesamte Bereich auch sozialstrukturell verbessert werden. Eine Fläche nördlich des Kölnberges ist im Grunde schon in einem sehr weit fortgeschrittenen Stadium. Dort könnte beispielsweise ein Supermarkt entstehen.

Damit komme ich schon zum dritten Punkt unseres Antrags. Die Nahversorgung muss dringend verbessert werden. Es bedarf dort eines sogenannten Lebensmittelvollsortimenters, also eines Supermarkts inklusive angrenzender Nutzungen, wie zum Beispiel einer Drogerie.

Der vierte und letzte und eigentlich wichtigste Punkt betrifft die Eigentümerstruktur der Siedlung „Am Kölnberg“. Uns ist klar: Das ist nichts, was wir in den nächsten zwei, drei oder fünf Jahren werden lösen können. Aber wir müssen da jetzt ran. Das Ganze ist übrigens damals nicht mit einer SPD-Mehrheit, sondern noch mit der Mehrheit in der damaligen Gemeinde Rodenkirchen als Bauherrenmodell, als lukrative Finanzanlage, errichtet worden, was leider, auch aufgrund der dort fehlenden Infrastruktur, dazu geführt hat, dass sich die Sozialstruktur, vorsichtig gesagt, nicht zum Besten entwickelt hat.

Wir wollen der Verwaltung da Spielraum geben. Sie muss alle Instrumente nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Aus meiner ganz persönlichen Sicht muss man auch darüber reden, ob die Stadt selbst aktiv werden und dort ankaufen sollte. Da ist viel Fantasie gefragt. Wir sind uns sicher: Die Verwaltung hat diese.

Meine Damen und Herren, Meschenich ist geografisch und von der Wahrnehmung her an vielen Stellen an den Rand gedrängt. Ich denke, wir sind uns alle einig: Das müssen wir ändern. Es ist Klasse, was vor Ort schon passiert. Aber die nächsten Schritte müssen wir gemeinsam gehen. Wir haben im Vorfeld viele Gespräche mit Akteuren und Vereinen vor Ort geführt und sehr viel Zuspruch für unsere Ideen erhalten. Deshalb wünschen wir uns, dass wir gemeinsam hier und jetzt ein starkes Signal an die Menschen in Meschenich, ob in Kölnberg oder in Alt-Meschenich, senden, indem wir diesen Be-

schluss mit großer Mehrheit fassen. Dafür bitte ich um Zustimmung.

Jetzt ist meine Redezeit vorbei, Frau Oberbürgermeisterin.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das habe ich gar nicht gesehen.

**Rafael Struwe (SPD):** Aber ich. Da sehen Sie, wie aufmerksam ich bin. - Aus Gründen der Zeitökonomie möchte ich noch kurz auf den Änderungsantrag der LINKEN eingehen. Zu Punkt 1 haben wir noch ein Fragezeichen. Aus unserer Sicht ist die Idee vernünftig, einen Busverkehr als Vorlaufbetrieb für die künftige Stadtbahnverbindung einzurichten, jedoch nicht - das ist dann systematisch nicht zutreffend - als Teil des Programms „Interimsangebote Bus“. Bei Punkt 2 sind wir uns nicht sicher, ob damit nur die Flächenpotenziale in Meschenich gemeint sind oder alle im StEK als „kurzfristig“ benannten Flächen in Köln. Hier bitten wir um Änderung bzw. Klarstellung. Dann könnten wir dem auch zustimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Roß-Belkner das Wort.

**Monika Roß-Belkner (CDU):** Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Struwe, Meschenich ist kein Brennpunkt. Meschenich ist ein liebenswerter Ort im Süden Kölns. Natürlich bedarf er unserer Sorgfalt und der Weiterentwicklung. Natürlich wollen wir Meschenich ebenso voranbringen, wie wir ganz Köln voranbringen wollen. Dafür sind wir angetreten, und daran arbeiten wir zielstrebig.

Grundstücke für den Wohnungsbau haben wir vor anderthalb Jahren im StEK Wohnen fixiert und beschlossen, konkret: eine Fläche in Meschenich. Auch Sie haben keine weiteren Vorschläge für Meschenich gemacht. Trotzdem haben Sie hier im Rat dieser Vorlage nicht zugestimmt. Wir hingegen haben unsere Aufgaben gemacht. Auch läuft noch die Überarbeitung des Regionalplans mit der Ausweisung weiterer Siedlungsflächen.

Schienengebundener ÖPNV: Ja, das machen wir, im benachbarten Rondorf. Es ist genau so,

wie Sie es gesagt haben. Wir hatten im Zuge des dortigen Neubauprojekts die Gelegenheit, die vierte Baustufe in Angriff zu nehmen, obwohl wir bis vor zwei Jahren - Herr Fenske - noch gar nicht wussten, ob und, wenn ja, wie die dritte Baustufe fortgeführt wird. Nun galt es, das Projekt zu konkretisieren. Das haben wir gemacht. Wir haben im StEA einen Änderungsantrag gestellt und wissen nun, dass der Kosten-Nutzen-Faktor  $\geq 1$  ist und die vierte Baustufe damit förderfähig ist. Wir führen diese bis Meschenich-Nord weiter, was 60 Prozent der Meschenicher Bevölkerung zugutekommen wird.

Natürlich ist die fünfte Baustufe nötig, und natürlich ist sie auch wichtig. Dazu werden wir mit den Bürgervereinen und den Meschenichern demnächst in die Diskussion einsteigen. Bei der Linie 5 handelt es sich ja um eine Hochflurbahn, die den Straßenraum eher teilt und nicht eint. Von daher gibt es Redebedarf. Also auch hier haben wir zunächst unsere Aufgaben gemacht. Nochmals zur Erinnerung: Trotz dieses Kosten-Nutzen-Faktors und der Möglichmachung der vierten Baustufe haben Sie als SPD im StEA nicht mitgestimmt.

Jetzt zum Vollversorger. Ja, den brauchen wir in Meschenich. Deswegen haben wir die einzige Fläche dort im StEK mit folgendem Beschluss versehen:

Bei Umsetzung der Planung ist auf eine stabilisierende städtebauliche und soziale Struktur zu achten. Die Umsetzung soll unter Berücksichtigung der 4. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn, der Nahversorgungssituation und der bestehenden Sozialstruktur erfolgen.

Wir warten jetzt auf die Vorlage der Stadtplanung, die uns hoffentlich bald zugeht.

Nun zum Kölnberg und Ihrer Idee eines Wohnungsbestandshalters. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Wie soll das denn gehen? Wollen Sie enteignen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Hui!)

Wollen Sie den Kölnberg zum Spekulationsobjekt machen?

(Zurufe von der SPD)

Der angedachte Bestandshalter kann ja letztendlich nur die Stadt sein. Wer sollte sonst daran Interesse haben? Wie soll das gehen?

(Raphael Struwe [SPD]: Wollen Sie den Kopf in den Sand stecken, oder was?)

Der Kölnberg ist nicht Chorweiler. Wir haben hier nicht einen Bestand in einer Hand, die zudem insolvent ist. Wir haben hier keine GAG, die mitübernimmt. Es wären viele Mitarbeiter nötig, um das Eigentum von 1.300 Wohnungen zu überführen, und auch viel mehr Geld als 30 Millionen Euro, sehr viel mehr Geld.

(Raphael Struwe [SPD]: Ist es Ihnen das nicht wert?)

Wir halten das für vollkommen illusorisch.

(Zuruf von der SPD: Es sind auch nicht Ihre Wähler!)

Wir machen weiter mit dem Leitkonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“. Hier haben wir für den Sozialraum Meschenich umfangreiche Maßnahmen definiert, unter anderem auch solche zur vertiefenden Untersuchung und Verbesserung der Wohnsituation. Wir haben also auch hier unsere Aufgaben gemacht.

Es wird Sie nicht verwundern: Wir lehnen Ihren Antrag ab. Aktionismus und Versprechungen sind nicht unsere Sache. Wir setzen um,

(Lachen bei der SPD)

so zum Beispiel endlich die Schaffung einer Begegnungsstätte und die Sicherung des Kirmesplatzes. Wir arbeiten hart daran, dass nächstes Jahr endlich der Spatenstich für die schon seit 40 Jahren diskutierte Ortsumgehung gemacht werden kann. So bringen wir Meschenich voran.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Struwe zu.

**Monika Roß-Belkner (CDU):** Ja, bitte.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Struwe.

**Raphael Struwe (SPD):** Nur kurz. - Ich hatte auch mit Vertretern der beiden Bürgervereine und der Sozialraumkoordinatorin gesprochen. Alle haben gesagt: Die Eigentümerstruktur Kölnberg ist das wichtigste Thema, was man angehen muss. Darf ich Ihre Rede so verstehen, dass

Sie die Eigentümerstruktur Kölnberg so lassen wollen, wie sie jetzt ist?

**Monika Roß-Belkner** (CDU): Herr Struwe, wir reden seit Jahren, ja seit Jahrzehnten über den Kölnberg. Dafür sind schon unglaublich viele Konzepte entwickelt worden - bis hin zum Abriss. Ein tragfähiges Konzept ist uns bis heute nicht gelungen. Ich schätze - das habe ich ja ausgeführt -, das werden wir auch in den nächsten Jahrzehnten nicht hinbekommen.

(Raphael Struwe [SPD]: Und Sie wollen es erst gar nicht versuchen! Danke! Das reicht!)

Nun zum Änderungsantrag der LINKEN. Interimsbusse einzusetzen, das ist an sich ein guter Vorschlag. Meschenich braucht einen Schnellbus. Nur, das passt jetzt nicht. Für Interimsangebote ist es im Moment noch zu früh. Ich schlage Ihnen vor, hierzu im Verkehrsausschuss einen gemeinsamen Antrag zu stellen, der in den nächsten Jahren zum Tragen kommt. Zu Punkt 2 habe ich bereits ausgeführt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Jahn das Wort.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Oberbürgermeisterin! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Meschenich ist ein gespaltener Stadtteil. Alt-Meschenich ist ein überschaubares Dorf in Stadtrandlage, und der Kölnberg ist ein benachteiligter Ort, wo in den letzten Jahren auch viele Fehler passiert sind.

Jetzt zum Antrag. Nicht zum ersten Mal überrascht uns die SPD damit, dass sie versucht, sich Fleißkärtchen zu verdienen, indem sie bereits verabschiedete oder in Planung befindliche Maßnahmen sammelt und dann unter eigener Flagge zu einem Antrag zusammenschustert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Doch Fleiß allein lenkt nun mal nicht von diesem Etikettenschwindel ab, der uns hier gerade vorliegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nahezu alle Punkte sind schon beschlossen bzw. befinden sich in Planung. Gemäß der ÖPNV Roadmap - ich halte den Begriff „ÖPNV Roadmap“ übrigens für ziemlich schräg; aber sei's drum - ist die Anbindung von Meschenich bereits geplant. Noch in diesem Jahr soll ein Planungsbeschluss gefasst werden. Damit rechnen wir alle.

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen bzw. das Wohnungsprogramm, auf das auch Frau Roß-Belkner hingewiesen hat, sieht Erweiterungsflächen von etwa 10 Hektar für Meschenich vor. Auch das ist schon beschlossen. Ich darf ergänzen, dass die SPD im Dezember 2016 das Stadtentwicklungskonzept Wohnen abgelehnt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP - Michael Frenzel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu. Du kannst mich danach fragen.

Im Rahmen der Überarbeitung des Regionalplans - das wissen auch die Kollegen aus der Stadtentwicklung - werden gerade auch die Flächen für Meschenich daraufhin geprüft, inwieweit man den Regionalplan dort ändern kann.

Wir wissen auch, dass diese 10 Hektar planbedürftig sind und somit automatisch in das kooperative Baulandmodell fallen. Das heißt: 30 Prozent der Flächen müssen für geförderten Wohnungsbau vorgesehen werden.

Auch die Ansiedlungsvoraussetzungen für den Einzelhandel sind vorhanden. Das wissen wir schon seit längerem. Vielleicht hat Kollege Frenzel seinen Kollegen Raphael Struwe nicht darauf hingewiesen, dass es bereits seit zwei Jahren Planungen gibt - die Kollegen im Stadtentwicklungsausschuss wissen das -,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

die genau das vorsehen: einen Vollsortimenter und einen Drogeriemarkt in Meschenich. Also auch hier nichts Neues.

Der nächste Punkt. Das Stadtentwicklungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ ist bereits beschlossen. Gerade Meschenich und Rondorf waren in der ersten Tranche der elf Sozialräume, die an den Start gegangen sind. Hier sind ganz viele Maßnahmen verankert, die darauf abzielen, dass das Wohnumfeld aufgewertet und verbessert wird. Was ich ganz wichtig finde: Gerade

diese Maßnahmen können wir Demokraten nur gemeinsam voranbringen, indem wir alle Kraft darauf verwenden, sie umzusetzen, statt im politischen Klein-Klein zu zerreden, wer wann welche Idee gehabt hat.

Es ist alles geplant. Es ist alles aufgesetzt. Das heißt: Wir müssen das umsetzen. Erst dann kommt der große Wurf für den Kölnberg. Lassen Sie uns am Kölnberg handeln! Lassen Sie uns nicht Fleißkärtchen sammeln, sondern das umsetzen, was beschlossen ist! Ich glaube, das ist die richtige Antwort. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Frenzel hat noch eine Nachfrage.

**Michael Frenzel (SPD):** Frau Jahn, ich habe zwei Nachfragen an Sie. - Zum einen haben Sie eben das Wort „Schwindel“ benutzt. Halten Sie es nicht auch für eine Schwindelei, wenn Sie versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, die SPD sei gegen das StEK Wohnen, wo Sie doch diejenigen waren, die über 2.000 Wohneinheiten, die wir vorgeschlagen hatten, dort herausgestrichen haben?

(Beifall bei der SPD)

**Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen):** Nein, ich halte das für keine Schwindelei.

**Michael Frenzel (SPD):** Nun gut. Das lässt ja auch ein bisschen auf Ihr Wahrheitsverständnis schließen.

(Lachen bei der FDP)

Die nächste Frage: Ihnen ist schon bekannt, dass es sich bei den Flächen, über die wir hier diskutieren, um vier Flächen handelt, wovon nur eine im StEK Wohnen benannt ist und drei im Wohnungsbauprogramm 2015 festgehalten sind, oder?

**Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen):** Den Begriff „Schwindel“ finde ich in Verbindung mit SPD und Wahrheitsempfinden in der aktuellen Situation doch schon etwas gewagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der FDP)

Aber das ist nur eine persönliche Anmerkung am Rande.

Natürlich weiß ich, dass das zwei verschiedene Programme sind. Aber das StEK Wohnen damals abzulehnen, war ein fataler Fehler. Ich verstehe bis heute nicht, wieso die SPD damals über 100 Flächen in Köln abgelehnt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, bitte.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE.):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich der antragstellenden Fraktion danken, dass sie uns Gelegenheit gibt, heute erneut über das wichtige Thema Wohnungspolitik hier im Stadtrat zu diskutieren.

Wir alle wissen, dass wir mit der Innenverdichtung nicht den Bedarf an Wohnungen werden decken können. Wir alle wissen, dass wir auch über die Errichtung neuer Siedlungen nachdenken müssen, über Siedlungen am Rande unserer Stadt. Insbesondere dort müssen wir genau hingucken, ob wir entweder durch Neubauten etwas Bestehendes ergänzen, komplementieren können oder aber einen Ausgleich schaffen können, etwa wenn sich dort strukturell etwas entwickelt hat, was uns so nicht gefällt. Ich glaube, das ist in der Siedlung Am Kölnberg zumindest in Teilen der Fall.

Die Stadtentwicklungsvernetzung herzustellen in Gebieten, wo wir größere Siedlungen bauen in die Nähe von kleineren Dörfern oder kleineren Weilern, wie wir sie im Kölner Süden teilweise haben, das wird, glaube ich, eine große Herausforderung sein.

Eine weitere große Herausforderung stellt mit Sicherheit die Eigentumssituation am Kölnberg dar. Ich bin froh, dass die SPD probiert, dieses Thema anzustoßen. Herr Struwe hat richtigerweise gesagt: Das wird nichts sein, was wir in zwei, drei oder fünf Jahren werden lösen können. - Ich darf kurz an Chorweiler erinnern. Auch in Chorweiler war es ja nicht so, dass wir gesagt haben: Kein Problem, das kaufen wir, das machen wir. - Das war dort auch eine sehr vertrackte Situation.

Es hat Jahre gebraucht, das auf ein jetzt gutes Gleis zu setzen, was - davon gehen wir doch momentan alle aus - in einem überschaubaren Zeitraum zu einem guten, vielleicht sogar zu einem sehr guten Ergebnis führen wird.

Selbstverständlich ist klar, dass die Eigentümerstruktur am Kölnberg noch komplizierter ist. Aber Frau Roß-Belkner, wir sollten das nicht zum Anlass nehmen, zu sagen: Wir probieren das erst gar nicht, sondern warten, bis irgendwann von irgendwoher etwas kommt. - Wir müssen uns schon selber darum kümmern. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir dieser Aufgabe eine sehr hohe Priorität beimessen könnten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich will ganz kurz auf unseren Änderungsantrag eingehen. Ich finde es schön, dass die CDU angeboten hat, im nächsten Verkehrsausschuss mit der LINKEN einen gemeinsamen Antrag für den Schnellbus von Meschenich in die Stadt zu stellen. Es wäre gut, Frau Roß-Belkner, wenn wir auch SPD und Grüne dazu einladen würden, weil wir dann eine Mehrheit hätten für diese lange überfällige Busverbindung.

Ich habe im Verkehrsausschuss und in verschiedenen Gesprächsrunden der verkehrspolitischen Sprecher schon das eine oder andere Mal angesprochen, dass diese Verbindung in die Maßnahme „Interimsangebote Bus“, die wir ja heute auch noch verabschieden werden, aufgenommen werden sollte. Das ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse leider nicht geschehen. Umso mehr freut es mich, jetzt zu hören, dass hier alle diesen Bus wollen, auch weil es, wie wir alle wissen, noch lange dauern wird, bis die Stadtbahnanbindung fertiggestellt ist. Es würde mich wirklich sehr freuen, wenn wir das zeitnah umsetzen könnten. Ich hoffe, dass, wenn wir Herrn Fenske diesen Auftrag heute mitgeben, diese Schnellbuslinie relativ schnell eingerichtet werden kann, was auch im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner von Meschenich ist.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum StEK Wohnen sagen. Ich bin ja in der glücklichen Lage, jetzt nicht der Schimpfe von CDU und Grünen ausgesetzt zu sein, weil wir seinerzeit für die Flächenpässe des StEK Wohnen gestimmt haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Sehr klug!)

Und da setzt unser Antrag an. Schauen wir uns die StEK-Karte noch einmal genauer an! In der

Nachbarschaft vom Kölnberg gibt es Flächen, deren Entwicklung vielleicht nicht kurzfristig bis 2020 realisierbar ist, aber relativ viel Potenzial haben, nach 2020 entwickelt werden zu können. Darauf haben wir in unserem Änderungsantrag hingewiesen. In diesem Zusammenhang unsere Bitte an die Frau Oberbürgermeisterin, die Verwaltung und an Herrn Greitemann, jetzt richtig Power zu machen, um diese Flächen aus dem StEK Wohnen schnell baureif zu machen, damit dort Wohnungen im großen Stil errichtet werden können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Schon im letzten Stadtentwicklungsausschuss gab es eine merkwürdige Sportart, nämlich Name-Dropping. An allen möglichen wie auch unmöglichen Stellen fiel der Name von Oberbürgermeister Jürgen Roters. Das war in dieser Sitzung schon ein richtiger Running-Gag. Möglicherweise gibt es ja bei der SPD eine Wette, wer am häufigsten den Namen Jürgen Roters nennt. Auch Herr Struwe hat ja den Namen gerade wieder eingebracht.

(Heiterkeit bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der wird Fraktionsvorsitzender!)

Ich weiß gar nicht, ob es Herrn Roters so recht ist, dass sein Name in diesem Zusammenhang verwendet wird. Aber bitte, ich will mich gern daran beteiligen.

Das Ganze geht ja ein bisschen in die Richtung: Herr Lehrer, ich weiß was! Das Licht ist an. - Es wird alles noch einmal beschrieben. Es wird alles noch einmal auf einem SPD-Briefbogen zusammengeführt. All diese Dinge sind lange bekannt. Sie sind seit langem beschlossen, auch schon zu Zeiten von Jürgen Roters. Neues ist dort nicht aufgeführt. Gerade die Probleme, die wir am Kölnberg haben, sind nicht erst jetzt aktuell, sondern die gab es schon zu Zeiten von Jürgen Roters. Deswegen glaube ich, der größte Teil des SPD-Antrags ist einfach überflüssig und muss hier nicht erneut beschlossen werden.

Den letzten Punkt des Antrags halte ich sogar für schädlich. Ihr Lösungsvorschlag ist kein Thema

für eine Ratssitzung. Das muss ich Ihnen so sagen, meine Damen und Herren von der SPD. Das müssen Sie anders machen. Ich glaube, das wissen Sie auch. Deswegen ist Ihnen vielleicht gar nicht so sehr daran gelegen, das auf diese Art und Weise zu machen. Es gab eine Fernsehdokumentation - googeln Sie das mal! -, in der am Beispiel einer anderen Stadt gezeigt wurde, wie in einem solchen Problemviertel Wohnung für Wohnung aufgekauft wurde, wobei dem aber keine Ratsdebatte vorausging, weil sie diesen Weg unmöglich gemacht und nur die Preise hochgetrieben hätte.

Deswegen sollten Sie genau überlegen, welches Instrument aus Ihrem politischen Werkzeugkasten Sie wo einsetzen. Dass Sie wünschen, dass zu Punkt 4 Ihres Antrags ein Ratsbeschluss gefasst wird, ist jedenfalls das falsche Instrument dafür. Ich glaube, dass Sie die richtigen Instrumente kennen. Lassen Sie uns darüber sprechen, damit wir die Probleme in Meschenich beheben können, die es auch schon zu Zeiten von Jürgen Roters gegeben hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich bitte jetzt Herrn Greitemann, noch einmal Stellung dazu zu nehmen, damit wir alle Sicherheit erhalten, was dort getan wird, weil die Situation dort wirklich so schnell wie möglich verbessert werden muss.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In aller Kürze und Sachlichkeit kann ich zu Punkt 4 mitteilen - so ist es mir von den Mitarbeitern meiner Verwaltung mitgegeben worden -, dass das Leitkonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ als Basis für die Beantragung von EU-Fördermitteln dient und am 18.05.2017 ein sozialraumspezifisches ISEK für diesen Sozialraum beschlossen worden ist. Im Rahmen des ISEK für Meschenich und Rondorf kann diese von Ihnen gewünschte Strategie entwickelt werden - so die Mitteilung meiner Mitarbeiter. Wir können das mit einbinden. Danke für die Anregung! Die Grundlagenermittlung für diese vertiefende Untersuchung hat begonnen. Wir hoffen, dass wir zu Beginn 2019 dazu etwas vorlegen können.

Bezüglich Punkt 3 des Antrags, Ansiedlungsvoraussetzungen für einen zusätzlichen Lebensmittelvollsortimenter. Das ist im Nahversorgungszentrum Meschenich grundsätzlich bereits gege-

ben. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept weist dort im Norden ein Nahversorgungszentrum, besser gesagt: eine Potenzialfläche insbesondere für einen Lebensmittelvollsortimenter, aus. Von daher sehen wir da kein Problem. Die Verwaltung ist da auch sensibilisiert, kann ich Ihnen sagen. Aber noch mal: Danke für die Anregung!

Zu Punkt 2 Ihres Antrags. Das Wohnungsbauprogramm sieht Erweiterungsflächen zum einen am Kölnberg und zum anderen in der Trenkebergstraße von insgesamt 9,3 Hektar vor. Der Regionalplan des Regierungsbezirks Köln wird aktuell überarbeitet. Ich denke, jeder von Ihnen weiß, dass das kooperative Baulandmodell 30 Prozent geförderten Wohnungsbau definitiv vorsieht. Jetzt greife ich zwar ein wenig in das Ressort meiner Kollegin ein, aber der Bau der Nord-Süd-Stadtbahn ist im Moment in Planung. Dazu soll, wie mitgeteilt, im Herbst 2018 ein Planungsbeschluss vorgelegt werden. Eine Verlängerung der Stadtbahnlinie über Meschenich hinaus ist derzeit bei uns noch nicht in der Diskussion. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Herr Greitemann. - Vor der Abstimmung Herr Struwe noch einmal.

**Rafael Struwe (SPD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Bevor wir abstimmen, noch folgender Hinweis: Wir würden Punkt 1 des Änderungsantrags der LINKEN dann übernehmen, wenn die Formulierung „im Rahmen des aktuellen Programms „Interimsangebote Bus“ gestrichen wird. Punkt 2 würden wir nach der Klarstellung des Kollegen Weisenstein komplett übernehmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe den letzten Satz akustisch nicht verstanden.

**Rafael Struwe (SPD):** Punkt 2 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE würden wir komplett übernehmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann muss ich DIE LINKE fragen, ob sie ihren Antrag in der so geänderten Fassung zur Abstimmung stellen will. Dieser wird ja als Erstes abgestimmt.

(Zuruf von der LINKEN)

- Okay. Dann ist das so übernommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Ursprungsantrag der SPD, ergänzt um die beiden Punkte des Änderungsantrags der LINKEN in der Fassung, die Sie angeregt haben, die DIE LINKE so übernommen hat.

(Raphael Struwe [SPD]: Super!)

Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von der AfD. Dann ist das abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

**3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betr. „Ausweitung des KVB-Leihrad-Systems“  
AN/1042/2018**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT  
AN/1111/2018**

und gebe als Erstes Herrn Michel das Wort.

**Dirk Michel** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Unser Verkehrsunternehmen konnte die letzten drei Jahre seine ersten, aber positiven Erfahrungen mit dem Fahrradverleihsystem sammeln. Das Leihrad-Angebot der KVB übertrifft die eigenen Erwartungen. Im nationalen Vergleich sind es beachtliche Nutzerzahlen. Die Nachfrage übersteigt allerdings weiterhin das Angebot an Rädern. Schon schnell wurde die Gebietsgröße verdoppelt und die Radflotte erweitert. Ziel war es, eine Tür-zu-Tür-Mobilität aufzubauen und sich mit der MobilCard im Verbundsystem einzugliedern. Erfolgsfaktoren waren neben dem E-Ticket vor allem auch die freien 30 Minuten für die Stammkunden. Die Kunden sind zufrieden, wünschen sich aber eine höhere Verfügbarkeit.

Wir wollen das Angebot weiterentwickeln, indem wir es zu einem stadtweiten System ausbauen. Die erweiterte Innenstadt ist das Gebiet, das allen Anbietern einen gleichberechtigten Zugang zum Markt ermöglicht und wo die Stadtverwaltung ihre ordnungspolitischen Maßnahmen durchsetzen kann.

An Nachfrageschwerpunkten im Kernbereich, wie beispielsweise jetzt schon an den Hochschulen, wollen wir zusätzliche Stationen anbieten,

um Anreize für einen geordneten öffentlichen Raum zu setzen.

In den Außenbezirken soll das Leihrad-System ausschließlich als Stationssystem betrieben werden. Räder werden ausgeliehen und an einer Station zurückgegeben. Hierfür ist die Standortidentifizierung das Entscheidende. Sowohl der passende Ort im Wohngebiet als auch die Stationsnähe am ÖPNV-Haltepunkt sind wichtig.

Leverkusen und Bonn wollen auch solch ein System. Wünschenswert wäre ein Gesamtkonzept für unsere Region. Wir werden weiter die Voraussetzungen für eine möglichst geschlossene Mobilitätskette in unserer Stadt schaffen und danken allen, die an dem bisherigen Erfolgsmodell Leihrad mitgearbeitet haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Bürgermeister Wolter das Wort.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das bestehende Radverleihsystem war und ist erfolgreich. Was vor einigen Jahren noch ein Meilenstein war, ist heute zumindest überarbeitungsbedürftig. Deshalb wollen wir das System weiterentwickeln und weiter ausbauen.

Erstens ist es ein wichtiger Bestandteil der multimodalen Mobilität in Köln. Die Kölnerinnen und Kölner können nicht verstehen, dass sie das Rad zum Beispiel am Militärring oder irgendwo in Poll stehen lassen müssen, weil es dort eine nicht nachvollziehbare Grenze gibt. Das Gleiche gilt auch für Pech, für Rodenkirchen, für Stammheim. Also: Wir müssen das erweitern.

Zweitens leistet es einen Beitrag zur Luftreinhaltung und zur CO<sub>2</sub>-freien Mobilisierung der Verkehrsteilnehmer.

Drittens - und das ist das Wichtigste - wollen wir den Menschen mehr Angebote zum Umsteigen auf die Umweltmobilität machen.

Nach der erfolgreichen Einführung, der ja nun auch weitere Anbieter gefolgt sind, gehen wir nun einen Schritt weiter. Die oft am Militärring zu findenden KVB-Leihräder zeigen, dass die Nutzer aller Wahrscheinlichkeit dort noch nicht ihr

Ziel erreicht hatten, sondern den Rest des Weges zur Sporthochschule, zum Stadion oder ins Freibad zu Fuß fortgesetzt haben.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wollen, dass es in vielen Außenbezirken ein stationsgebundenes System gibt, auch weil das Einsammeln der Räder, die zum Teil weit verstreut stehen bleiben, kostenintensiv ist. Wir bitten aber trotzdem die Verwaltung und die KVB, in einigen Vierteln mit hohem Radverkehrsanteil, wie zum Beispiel rund um die Sporthochschule, auch flexible Systeme zu ermöglichen.

Wir sehen, dass die KVB und die Stadt Köln mit der Einführung des Leihrad-Systems auf das richtige Pferd, sozusagen auf den richtigen Drahtesel, gesetzt haben. Mittlerweile gibt es einige andere Anbieter, gute und weniger gute. Daher ist es sinnvoll - das haben wir im Antrag auch so ausgeführt -, verbindliche Regeln für alle zu setzen.

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie sieht ein Qualitätskonzept aus? Wir wollen einen einheitlichen Zugang zu den verschiedenen Systemen schaffen, und zwar durch die KVB-Chipkarte.

Ich denke, unser Antrag kommt früh genug, dass die Verwaltung bis zur kommenden Ausschreibung für das KVB-Leihradsystem die nötigen rechtlichen, strukturellen, räumlichen, aber auch finanziellen Rahmenbedingungen setzt, damit das Leihrad in Köln, insbesondere das der KVB, ein Erfolgsmodell bleibt.

Zum Änderungsantrag der SPD, der erst zehn Minuten vor der Sitzung eingebracht wurde, kann ich sagen, dass wir bis auf Punkt 2 alle Punkte - das sind ja mehr oder weniger Präzisierungen, die sich aus unserem Antrag ergeben; wir sind fest davon ausgegangen, dass das von der Verwaltung ohnehin mit eingebunden wird - übernehmen. Mit Punkt 2, der eine Einbindung in das KVB-Tarifsystem vorschlägt, tun wir uns im Moment noch ein bisschen schwer. Daher würden wir den heute nicht mitabstimmen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Den unterstützen wir nicht!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das war ein bisschen missverständlich. - Jetzt hat Herr Pöttgen das Wort.

**Andreas Pöttgen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich meinem Vorredner nur anschließen. Das Leihrad-System ist ein Erfolgsmodell in Köln, und das ist gut. Wir haben in den letzten Sitzungen hier viel über die Verkehrswende geredet. Es gibt auch den Trend in der Gesellschaft, immer mehr Dinge zu teilen. Das sehen wir positiv und sehen das heute schon quasi als gegeben an.

Ich finde es richtig, Herr Wolter, dass Sie in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender noch einmal daran erinnert haben, dass es damals ein mutiger Schritt von der KVB war, das anzupacken. Das ist das, was unsere Stadt wertvoll macht: dass wir ein solch mutiges Unternehmen haben, was als Speerspitze agiert.

Deswegen ist es heute auch eine gute Initiative von Ihnen, zu sagen: Wir brauchen in der gesamten Stadt Leihräder, damit alle Kölnerinnen und Kölner davon profitieren können. - Dieser Initiative schließen wir uns gerne an.

Leider haben Sie den zentralen Punkt unseres Änderungsantrags nicht verstanden. Es ist so schade, dass Sie die zukunftsweisende Idee tatsächlich nicht aufgreifen und sagen: Wir setzen auf die VRS-Tarifintegration.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann kommen Sie einmal ein bisschen früher damit um die Ecke und nicht erst zehn Minuten vor der Sitzung!)

Was heißt das eigentlich? Was ist unsere Idee? Ich habe die VRS-Abokarte und laufe im Moment an fünf Leihrädern vorbei - an drei DB-Rädern, einem Donkey-Rad und dem Rad eines anderen Anbieters -, ehe ich ein KVB-Rad finde; denn die sind begehrt, weil sie so gut ist. Wieso können wir nicht eine Karte für alle organisieren? Wir haben mit der DB einen anderen großen Unternehmer, der in Sachen Mobilität sehr erfahren ist, der hier auch mit Ford kooperiert, mit dem wir hier in Köln eh schon sehr viel machen. Das eigentliche Ziel muss doch sein, dass die Kölnerinnen und Kölner die Tür-zu-Tür-Mobilität, wie es Kollege Michel genannt hat, tatsächlich umsetzen können, und zwar mit der Hardware, die schon auf der Straße steht. Das wäre wirklich nutzerorientiert.

Wir alle gemeinsam haben das Ziel, den VRS zu einem Mobilitätsunternehmen weiterzuentwickeln, zu dem künftig auch das Leihrad gehören soll. Die Idee ist: Wir haben hier schon ein erprobtes System. Wenn man heute in die Bahn steigt, ist es vollkommen egal, ob sie von der KVB, von der DB oder National Express betrieben wird. Die Einnahmen werden am Ende innerhalb des VRS aufgeteilt. Dafür wird einmal bezahlt, dann wird es aufgeteilt. Wenn das bei den Bahnen so gut gelingt, warum sollte das nicht auch bei Leihrädern möglich sein? Das geht mir nicht in den Kopf. Es ist schade, dass Sie das heute nicht mitmachen wollen. Das wäre nämlich moderne innovative Großstadtmobilität. Es ist schade, dass Schwarz-Grün auch das mal wieder nicht versteht. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Michel hat noch eine Frage.

**Dirk Michel (CDU):** Ich habe keine Frage, sondern will ein Statement dazu abgeben. - Andreas Pöttgen hat ja recht, was die Vorteile angeht. Wir tun uns nur deshalb ein bisschen schwer damit, weil dieser Änderungsantrag erst heute kam. Da ist schon noch mehr zu bedenken. Es ist nicht nur die Deutsche Bahn, es sind auch chinesische Großinvestoren auf dem Markt. Sich mit denen an einen Tisch zu setzen und mit ihnen über Einnahmenaufteilung zu sprechen, wo auch der Datenschutz der KVB-Kunden eine Rolle spielt - sie würden ja an die Kundendaten herankommen, was in anderen Ländern schon schiefgegangen ist -, damit haben wir große Bauchschmerzen. Wir können das hier in Köln nicht allein entscheiden. Ich weiß nicht, wie der Verbund damit umgehen will. Deswegen möchten wir das hier heute nicht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE.):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Jamaika plus“ gehen wohl die Ideen aus. Sonst hätten Sie es wahrscheinlich nicht nötig, hier einen Antrag einzubringen, dass Verhandlungen über die Ausweitung des KVB-

Leihradsystems geführt werden sollten, was mit Sicherheit richtig ist, aber diese Verhandlungen laufen schon. Es ist doch das erklärte Ziel der KVB, dieses erfolgreiche Modell weiterzuführen und auszuweiten.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das kostet Geld!)

- Genau, lieber Kollege Wolter. Das kostet Geld. Ich bin ja froh, dass Sie erkannt haben, dass das Geld kostet. Wenn Sie das erkannt haben, müssen Sie in Ihrem schlaun Antrag auch mal einen Finanzierungsvorschlag machen,

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben haben Sie hier noch über 1,13 Euro debattiert!)

statt sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir bestellen jetzt das, was die KVB ohnehin schon vorhat, aber über das Geld machen wir uns keine Gedanken. - Das finde ich für eine Regierungskoalition schon arg schwach. Das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Eigentlich ist dieser Antrag völlig überflüssig, weil die Verhandlungen bereits laufen. Herr Fenske wird mit Sicherheit auch noch etwas dazu sagen können. Dass er hier nicht so frei reden kann, wie ich es jetzt kann, ist mir auch klar. Aber ich hoffe, dass eine Tendenz ablesbar ist. Der Antrag ist zwar überflüssig, aber er ist nicht schädlich. Von daher werden wir ihm zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann es vom Platz aus machen, weil ich merkwürdigerweise inhaltlich sehr nah bei Herrn Weisenstein bin. - Wir haben ein sehr erfolgreiches Konzept. Wir haben letzte Woche auch im Aufsichtsrat der KVB noch einmal darüber gesprochen. Ich hatte den Eindruck, dass die Geschäftsführung der KVB da auf einem sehr guten Weg ist und eben keine Ratschläge aus dem Rat braucht, wie sie das Projekt weiterentwickeln soll.

Hinzu kommt, dass wir uns als Rat mit einem solchen Beschluss sehr stark festlegen würden

in einem Bereich, der eine sehr hohe Dynamik hat. Es drängen auch ausländische Investoren mit ihren Fahrrädern auf den Kölner Markt. Es gibt Erfahrungsberichte aus anderen Städten, dass mit denen teilweise schlecht Kirschen essen ist. So haben sie zum Beispiel die Stadt München regelrecht mit Fahrrädern überflutet. Der Verkehrsausschuss hat sich schon in seiner Dezember-Sitzung mit Regelungen beschäftigt, wie man diesem Phänomen Herr werden kann. Auch daran arbeitet die Verwaltung.

Deswegen glaube ich - da unterscheide ich mich doch ein wenig von Herrn Weisenstein -, dass es jetzt nicht nur keinen Sinn macht, sich damit zu beschäftigen, sondern es könnte sogar für die Aktivitäten von Stadt und KVB schädlich sein, wenn wir jetzt zu diesem Thema einen Ratsbeschluss fassen würden, den wir im Nachhinein schlecht zurücknehmen könnten und der die Handlungsfähigkeit von Stadt und KVB gerade auch im Umgang mit ausländischen Anbietern einschränken würde. Von daher wird sich die FDP-Fraktion zu diesem Antrag enthalten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Ja, hier! Entschuldigung, dass ich mal kurz störe!)

- Das ist leider nicht zugelassen.

(Weitere Zurufe von der Zuschauertribüne)

- Ich kann diese Wortmeldung leider nicht zulassen. Sie ist im Übrigen hier unten im Saal auch nicht zu verstehen.

(Auf der Zuschauertribüne ertönen Sprechchöre - Auf der Zuschauertribüne werden Transparente entrollt - Von der Zuschauertribüne werden Flugblätter in den Saal geworfen)

- Ich muss Sie leider bitten, die Zuschauertribüne zu räumen. Das bringt uns hier nicht einen Millimeter weiter.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Fenske. Sie dürfen hier übrigens alles sagen, was Sie möchten, obwohl das eben bestritten wurde.

**Jürgen Fenske** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank, sehr großzü-

gig. - Ich will doch zwei, drei Sätze dazu sagen. Zum einen haben ich mit Freude und Dankbarkeit zur Kenntnis genommen, dass die Redner aller Fraktionen gesagt haben, dass das KVB-Leihrad-Modell ein Erfolgsmodell ist. Vielen Dank für diese Anerkennung! Das zeigt ja auch, dass wir das Modell Leihrad vor drei Jahren nicht falsch angegangen sind, wir das richtig gemacht haben. Genauso richtig ist das, was hier erwähnt worden ist. Wir werden jetzt in die Weiterentwicklung des Leihrad-Systems gehen, selbstverständlich in die Richtung, wie sie in dem Antrag vorgezeichnet ist. Insofern laufen Sie damit bei der KVB eine weit geöffnete Tür ein.

Eine Bitte und einen Gesichtspunkt will ich Ihnen noch mit auf den Weg geben. Zunächst die Bitte: In Ziffer 4 des Antrags von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe GUT heißt es, dass wir vor der Beschlussfassung über die Ausschreibung des Fahrrad-Leihsystems die Ergebnisse in den entsprechenden Ausschüssen vorzulegen haben. Das machen wir gerne. Ich habe die Bitte, dass das dann aber auch zügig in den Ausschüssen behandelt wird, damit wir möglichst schnell zusätzliche Leihräder auf die Straße bringen können. - Das ist Punkt eins: keine Erschwernisse.

Zweitens. Es wurde vorgeschlagen, mit anderen Anbietern von Leihrad-Systemen zusammenzuarbeiten. Wir haben uns im Vorfeld schon darüber ausgetauscht. Ich finde das Argument von Herrn Michels stichhaltig. Die Datensicherheit und die Geschäftsmodelle, die asiatische Leihrad-Anbieter haben, muss man, glaube ich, sehr ernsthaft bedenken. Wir wissen nicht, was mit den Kundendaten passiert. Von daher: Wenn man mit solchen Anbietern zusammenarbeiten und die Datenintegration über den VRS machen würde, dann, würde ich auch sagen, nur mit großer Vorsicht. Andere Kooperationspartner wie Ford und DB sind ganz sicher seriöse Partner. Mit ihnen würden wir Gespräche in diesem Sinne aufnehmen.

Noch einmal zu beiden Anträgen. Im Grundsatz gibt es da, glaube ich, Einigkeit. Die KVB ist da auch schon unterwegs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es gab den Verfahrensantrag, die Punkte 1, 3, 4 und 5 des Änderungsantrags der SPD zu übernehmen, wenn ich es richtig verstanden habe, sodass ich zu-

nächst nur noch über Punkt 2 des SPD-Antrags abstimmen lasse. Ist das richtig?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja!)

- Gut. - Danach steht der ursprüngliche Antrag, ergänzt um die Punkte 1, 3, 4 und 5 des SPD-Antrags, zur Abstimmung.

Wer Punkt 2 des Änderungsantrags der SPD zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den ursprünglichen Antrag, ergänzt um die Punkte 1, 3, 4 und 5 des Antrags der SPD. Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Enthaltungen von der FDP und Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

**3.1.6 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten Dezernat II - Stadtkämmerer/in“ AN/1044/2018**

Hierzu hat Herr Detjen als Erstes das Wort.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin zwar nicht Antragsteller, aber ich will zum Antrag sprechen. Professor Dr. Seibel schreibt in seinem Buch *Verwaltung verstehen* - ich zitiere -:

Eine verantwortungsethische Steuerung und Kontrolle der Verwaltung, durch Politiker ist also nicht nur erwünscht, sondern unabdingbar, Erwerb und Ausübung von Macht zu diesem Zweck ist legitim. Erwerb und Ausübung von Macht als Selbstzweck sind dagegen unerwünscht und illegitim ...

Zitat Ende.

Der uns vorliegende Antrag ist formal und eher als Selbstzweck formuliert. Welche Anforderungen sollen an die neue Stadtkämmerin oder den neuen Stadtkämmerer gestellt werden? Was soll sie oder er Besonderes tun in den nächsten Jahren? All das findet man in diesem Antrag nicht.

Damit dieser Antrag überhaupt irgendeinen Sinn macht, hat die Oberbürgermeisterin dem Antrag eine Anlage beigefügt, nämlich den formalen Ausschreibungstext.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die Antragsteller! - Niklas Kienitz [CDU]:  
Das waren die Antragsteller!)

Das gibt es selten. Aber in diesem Fall ist es so gewesen.

Hier und heute wäre politischer Gestaltungsspielraum möglich und nötig. Und zwar müsste von allen Parteien die Frage beantwortet werden: Wie soll die zukünftige Politik und wie sollen die Verwaltungsstrukturen der Kämmerei aussehen?

Die Kämmerin Frau Klug und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den letzten Jahren die Arbeit der Kämmerei stark verändert. Erinnerung sei an den pünktlichen Haushalt, den wirkungsorientierten Haushalt, den Bürgerhaushalt, den fristgerechten, aber noch untestierten Jahresabschluss und den Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Köln. All das hat handwerklich zu Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit geführt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn das eigentlich unstrittig ist, warum schreiben Sie das nicht in Ihre Stellenausschreibung rein? Wollen Sie zurück zum Klein-Klein, wie man es der Debatte dazu entnehmen konnte?

Die Kämmerin ist noch einen Schritt weitergegangen. Sie hat eine gute Beteiligungsverwaltung aufgestellt. Seit einigen Jahren bekommen die Aufsichtsratsmitglieder im Rat eigene Einschätzungen zu den Jahresabschlüssen und zu den Wirtschaftsplänen. Die Anforderungen in diesem Bereich der Daseinsvorsorge sind enorm gestiegen. Das sehen Sie zum Beispiel an der Diskussion um die Sanierung der Kliniken. Auch dieser Gedanke fehlt in dem Antrag völlig.

Die Weiterentwicklung und der zielstrebige Ausbau der digitalen Verwaltung des Rechnungswesens sollte ein entscheidendes Kettenglied für eine selbstbewusste und in sich ruhig agierende Verwaltung sein. Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses erwarte ich den Ausbau des IKS-Kontrollsystems. Was nutzt uns ein wirkungsorientierter Haushalt, wenn keine Kontrolldaten vorliegen? All das setzt größere Investitionen und gutes Personal voraus. Will Schwarz-Grün dieses Geld in die Hand nehmen?

Warum die Grünen ihre eigene Kämmerin abservieren, bleibt ihr Geheimnis. Dass Sie sich aber

noch nicht einmal inhaltlich in diese Diskussion einbringen und sagen, wie es in Zukunft weitergehen soll, das ist ein Armutszeugnis. Grüne Themen sind Ihnen abhandengekommen, wie zum Beispiel der Gender-Haushalt. Mit der Frage nach einer Nachhaltigkeitsstrategie in der Finanzpolitik ist Attac an die Fraktionen herangetreten. DIE LINKE hat das Thema aufgegriffen und in den Finanzausschuss eingebracht.

Von sehr großer strategischer Bedeutung ist die Frage, ob die Kämmerei weiterhin das Modell der leistungsfähigen Infrastruktur generationengerecht finanziert betreiben soll. 16 Milliarden Euro an Investitionskosten bis 2040 muss die Stadt Köln aufbringen. Das heißt: Es müssen circa 460 Millionen Euro jedes Jahr mehr investiert werden. CDU und Grüne, aber auch die SPD sind seit Jahren einer Einnahmenerhöhung für den Stadthaushalt aus dem Weg gegangen, und das rächt sich jetzt.

Der Rat der Stadt Köln muss unabhängig - ich betone: unabhängig - von den gerade bestehenden politischen Konstellationen das Thema Investitionen in den nächsten Jahren angehen. Da kommen wir nicht drum herum. Wohnung, Bildung, öffentlicher Nahverkehr - das sind die großen Themen, für die wir in den nächsten Jahren viel Geld ausgeben müssen.

Den Mühen einer inhaltlichen Diskussion setzen sich CDU und Grüne nicht aus. Macht ist Selbstzweck. Vermutlich hat man sich schon auf eine Person verständigt. Es macht die Sache natürlich viel einfacher, wenn man sich einer solchen Diskussion nicht stellt. Die Probleme aber bleiben trotzdem, meine Damen und Herren.

Ein soziales, gemeinsames, geistreiches, kulturelles und schönes Köln kann man nur gemeinsam schaffen, und dazu brauchen wir eine gerechte und faire Finanzpolitik. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens hat jetzt das Wort.

**Stephan Boyens** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja in den letzten Wochen hier in Köln einiges politisch erlebt und wieder einmal bundesweit Schlagzeilen gemacht. Nun wollen Grüne und CDU den Vertrag mit der Stadtkämmerin auslaufen lassen. Wohlgedenkt: Frau Klug genießt über alle Fraktionen hinweg - über alle

Fraktionen hinweg! - hohes Ansehen. Es gibt keine ernst zu nehmenden Kritikpunkte an ihrer Amtsführung. Herr Detjen hat das eben noch einmal auf eindrucksvolle Weise bestätigt.

Über die Beweggründe der Grünen, ihre eigene Parteifreundin hier abzusägen, kann nur spekuliert werden. Aber eines ist klar: Frau Klug ist kompetent. Frau Klug ist fachlich überzeugend. Sie hat ihren eigenen Kopf, jawohl. Und - das wird den Grünen nicht passen -: Sie spricht unangenehme Wahrheiten aus.

Eine der ganz unangenehmen Wahrheiten - auch das hat Herr Detjen eben gesagt - ist die Tragfähigkeitslücke von 16 Milliarden Euro bis 2040. Das ist schon eine verdammt unangenehme Wahrheit. Wie gesagt, die Grünen können das nach meiner, unserer Einschätzung nicht vertragen. Die Tragfähigkeitslückenuntersuchung des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln und des Instituts für Urbanistik im Auftrag der Stadt ist bundesweit wegweisend und hat die massiven Probleme aufgezeigt, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden.

Aber wie gesagt: Sie von den Grünen haben Probleme damit, unbequeme Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen - auch wenn wir Ihnen sagen, dass Sozialstaat und offene Grenzen nicht gleichzeitig funktionieren, auch wenn wir Sie darauf hinweisen, dass die Stadt Köln auf Dauer nicht mehr ausgeben kann als sie einnimmt. Für uns liegt der Verdacht nahe, dass das Aussprechen dieser unbequemen Wahrheiten etwas war, was Frau Klug am Ende den Kopf gekostet hat.

Nicht genug damit, dass Sie als Grüne und CDU in der Börschel-Affäre den Steigbügelhalter gespielt haben: Nein, jetzt sind Sie schon wieder willige Vollstrecker parteipolitischer Hinterzimmerabsprachen - und das zulasten einer unserer profiliertesten Dezernentinnen. Merken Sie eigentlich, meine Damen und Herren von den Grünen, was für ein fatales Signal Sie nach draußen senden? Wer soll sich denn bitte schön noch hier in Köln bewerben, in einem solchen Intrigantenstadl, wo so Personalpolitik gemacht wird? Mit Ihrem heute vorgelegten Antrag schaden Sie dem ohnehin schon ramponierten Ansehen der Stadt Köln. Und deshalb lehnen wir als AfD diesen Antrag ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der AfD-Fraktion, der Ratsgruppe Rot-Weiß und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

**3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppen BUNT, GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Resolution Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ AN/1096/2018**

Das Wort hat Frau Möller von der SPD.

**Monika Möller (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Antisemitismus sollte doch 73 Jahre nach der Shoah in unserem Land überwunden sein, müsste man meinen. Dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen müssen, hat den Grund, dass sich Jüdinnen und Juden seit etlichen Jahren einer immer stärkeren Diskriminierung ausgesetzt sehen. Sie äußert sich in verbalen Attacken, oftmals als Israel-Kritik getarnt, sowie in körperlichen Aggressionen.

Einer wissenschaftlichen Studie der Uni Bielefeld vom August 2017 zufolge nimmt eine deutliche Mehrheit der Juden und Jüdinnen in Deutschland Antisemitismus als großes Problem wahr und appelliert an den Staat, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten. Nicht zuletzt der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus hat aufgedeckt: Der Hass auf Juden ist in Deutschland nach wie vor ein weit verbreitetes Problem und auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Seine Bekämpfung bleibt eine dauerhafte Aufgabe der Gesellschaft und der Politik. Die Studie zeigt, dass im neonazistischen und rechtspopulistischen Spektrum Antisemitismus und antijüdische Weltverschwörungstheorien zum ideologischen Kitt gehören. In seiner israel-feindlichen Spielart ist Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland ebenfalls anzutreffen.

Der Kölner Wissenschaftler Felix Riedel hat sich mit antijüdischen Stereotypen beschäftigt und festgestellt, dass *Stürmer*-Karikaturen aus Zeiten des deutschen Nationalsozialismus ihren Weg in antijüdische arabische Länder nehmen, dort von bestimmten Gruppen verändert und erweitert werden und dann nach Deutschland zurückkehren. Stereotype Gesichtszüge, der gelbe Fleck,

der Judenhut bestimmen antisemitische Karikaturen bis heute. Geldwirtschaft, Blut, Brunnenvergiftung usw. greifen in der antisemitischen Bildersprache. Die jüdische Krake zeigt die Projektion von übermächtigen Juden, wie zum Beispiel die Rotschidsche Krake oder die Facebook-Krake.

In diesem Zusammenhang sind jüngst auch Veröffentlichungen von antisemitischen Karikaturen in der *Süddeutschen Zeitung* aufgefallen. So erinnert zum Beispiel die übergroß karikierte Nase des aus einer jüdischen Familie stammenden Mark Zuckerberg an Nazi-Darstellungen des ewigen Juden mit Hakennase. Darauf angesprochen zeigte sich der Karikaturist Burkhard Mohr erschüttert darüber, dass eine seiner Karikaturen antisemitisch sein soll. Ob in der Berichterstattung dieser Zeitung auch internationale Wirtschafts- und Finanzgrößen wegen ihrer Religionszugehörigkeit, etwa der christlichen, benannt und wegen ihr karikiert werden, ist nicht bekannt.

Darüber hinaus ist das Vorgehen von BDS-Gruppen zu erwähnen, die weltweit, zum Teil auch in Köln, zum Boykott Israels aufrufen. Seit ihrer Gründung 2005 versucht die Bewegung, den Staat Israel international zu isolieren, zu delegitimieren und ihm sein Existenzrecht abzuspüren. Die zum Boykottaufruf israelischer Waren und Dienstleistungen verwendete Sprache von BDS - Boycott, Divestment and Sanctions - erinnert an jene, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen.

Am 7. Juni hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* in einem Kommentar von Markus Schwering zu einigen Konzertabsagen aufgrund von Boykottaufrufen Stellung bezogen. Gefragt, was das mit Antisemitismus zu tun habe, erklärt er - Zitat -:

Viele aus der BDS-Leitungsebene sind eben nicht nur gegen Besatzungspolitik, sondern gegen den Judenstaat überhaupt, den sie gerne von der Landkarte verschwinden sähen. Gegen Israels Politik kann man auch anders protestieren.

Zitat Ende.

Inzwischen regt sich Widerstand gegen diese Bewegung, auch in einigen deutschen Städten.

Meine Damen und Herren, wie kann dem zunehmenden Antisemitismus begegnet werden, abgesehen von der Ahndung antisemitischer Vorfälle durch Polizei und Justiz? Neben der Vermittlung von Wissen über die wechselvolle

und von vielen Brüchen gekennzeichnete Geschichte der Juden in Deutschland sowie über die Shoah und einer angemessenen Erinnerungs- und Gedenkkultur muss das Wissen über Religion und Kultur des Judentums umfassender vermittelt werden. Juden nur als Opfer von Pogromen im Mittelalter und der Shoah darzustellen, reicht nicht aus. Es ist dringend notwendig, stärker bekannt zu machen, was Deutschland seinen jüdischen Mitbürgern verdankt.

Jürgen Rüttgers sagte anlässlich der Gründung des Vereins „321: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, zu deren Mitbegründern auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, gehören: Stadt und Land sind gefragt, dementsprechende Konzepte zu erarbeiten. Neben der schulischen und außerschulischen Erziehung und Weiterbildung ist vor allem auch die Integration von Geflüchteten in den Blick zu nehmen. Die hier lebenden Menschen aus islamisch geprägten Ländern müssen sensibilisiert werden im Hinblick auf ihre Einstellung gegenüber jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen.

Dazu gibt es ein gutes Beispiel aus dem Stadtbezirk Porz. Seit 2012 arbeiten im Arbeitskreis der Kinder Abrahams verschiedene christliche Religionsgemeinschaften mit Muslimen, Aleviten und der Jüdischen Gemeinde zusammen in gemeinsamen Projekten unter Einbeziehung von Geflüchteten.

In Köln bedarf es eines Konzeptes, für dessen Umsetzung das NS-Dokumentationszentrum die besten Voraussetzungen mitbringt. Es plant bereits die Einrichtung einer Stelle, die sich ausschließlich mit dem Themenfeld Antisemitismus beschäftigen soll.

Darüber hinaus begrüßen wir die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten auf Landesebene, die Ministerpräsident Laschet bei der Grundsteinlegung des Miqva bereits angekündigt hat.

Man kann feststellen: Köln ist auf einem guten Weg, hat aber auch noch viel zu tun. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag, Frau Möller. - Herr Klausung hat das Wort.

**Christoph Klausung (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Liebe Frau Möller, vielen Dank für Ihre Worte. Ich möchte mich dem, was Sie gesagt haben, vollumfänglich und ohne Abstriche anschließen.

Wir müssen uns vor Augen führen, warum wir das Thema gerade jetzt besprechen müssen und in welcher Lage wir hier in der Stadt Köln, aber auch generell sind. Wenn die *Süddeutsche Zeitung* antisemitische Karikaturen abdrucken darf, für die sie sich hinterher nur halbherzig entschuldigt, oder wenn der Musikpreis „Echo“ an Antisemiten geht, dann müssen wir uns schon fragen, was in dieser Gesellschaft passiert und wofür hier wieder der Boden bereitet wird.

Für uns in der Stadt Köln hat das schon Relevanz. 1.700 Jahre jüdisches Leben in der Stadt Köln: Das geht zurück bis in die Zeiten Kaiser Konstantins. Wir haben hier eine aktiv lebende jüdische Gemeinde in der Stadt Köln. Wir sind verantwortlich, dass wir hier ein gutes Miteinander und ein gutes Zusammenleben haben. Auch wenn es hier aktuell keine Angriffe gibt wie etwa in Berlin, müssen wir sensibel sein.

Es geht nicht nur um den Schutz von Menschen jüdischen Glaubens bei uns in der Stadt, sondern auch darum, was das mit unserer Gesellschaft macht. Ich hatte die Freude und die Ehre, vor ein paar Tagen den Botschafter des Staates Israel kennenlernen zu dürfen. Er sagte: Antisemitismus ist ein Angriff auf die Natur einer demokratischen Gesellschaft. Antisemitismus bedroht Europa und Deutschland.

Es geht nicht nur um den Schutz der Menschen, sondern es geht auch um die Glaubwürdigkeit unserer Gesellschaft. Deswegen stellen wir uns gegen Antisemitismus.

(Beifall)

Die demokratischen Fraktionen und Gruppen und die Fraktion DIE LINKE haben in diesem Antrag ausgedrückt: Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus. Für uns ist jede Form von Antisemitismus beschämend, gleichgültig ob strafbar oder nicht, gleichgültig ob politisch, religiös oder rassistisch motiviert.

Meine Vorrednerin hat es schon ausgeführt: Bei Antisemitismus geht es um die pauschale Abwertung des Staates Israel, wo Israelkritik nur ein Deckmantel ist. Es geht um die Infragestellung des Existenzrechts eines jüdischen Staates Israel. Es geht um Boykottkampagnen, Ablehnung erinnerungskultureller Verantwortung, Doppel-

standards und die Verharmlosung von antisemitischem Terror.

Während unserer Beratungen und als ich mich mit dem Thema noch einmal näher beschäftigt habe, ist mir eine Sache aufgefallen, über die ich auch ganz selbstkritisch nachdenken musste. Ich glaube, wir müssen bei zwei Punkten sensibel sein: erstens dass wir das Wort „Antisemitismus“ und den Vorwurf des Antisemitismus nicht missbrauchen, um die eigene politische Agenda durchzusetzen, und zweitens dass wir Antisemitismus auch da wahrnehmen, wo wir ihn nicht wahrnehmen wollen.

Dazu möchte ich Ihnen zwei Beispiele nennen: Erstens: die Haltung zum Staat Israel. Da kann ich Ihnen für meine Person und für die CDU sagen: Wir stehen fest an der Seite, wir stehen fest zur Freundschaft der Bundesrepublik Deutschland zum jüdischen - explizit: zum jüdischen - Staat Israel. Da gibt es gar kein Vertun.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Gleichwohl, so sehr es mir auch nicht behagt - eine antikapitalistisch, antiimperialistisch, linksbewegte Bewegung passt schon mal nicht zu meinem Habitus und auch nicht zu meiner politischen Orientierung, sie behagt mir auch rein objektiv politisch nicht -, muss ich wirklich aufpassen, einer Bewegung, die die israelische Politik kritisiert, nicht sofort Antisemitismus vorzuwerfen. Da muss ich mich ganz vornehm zurücknehmen. Gleichzeitig darf man die Augen nicht davor verschließen, was da passiert.

Zum Thema BDS hat Frau Möller schon ausgeführt. Ich darf dazu den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland Dr. Felix Klein zitieren - zu BDS gibt es nicht viele Meinungen -: BDS ist eine hochgefährliche Form des Antisemitismus. Punkt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Beispiel zwei betrifft - auch das hat meine Vordnerin ansatzweise angesprochen - die Migration aus dem arabischen Raum. Auch da stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit. Benutzt man den Vorwurf des Antisemitismus, um eine politische Haltung zu diskreditieren? Da will ich Ihnen ganz ehrlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD: Ich kaufe Ihnen nicht ab, dass Sie Ihre restriktive Flüchtlingspolitik mit Verweis da-

rauf, Jüdinnen und Juden in Deutschland schützen zu wollen, durchsetzen wollen. Ich kaufe Ihnen das keinen Millimeter ab, wenn Spitzenvertreter Ihrer Partei gleichzeitig von einem „Schuldult“ und einem „Mahnmal der Schande“ sprechen. Ich glaube Ihnen davon nichts, sondern ich glaube, dass Sie das missbrauchen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Ich spüre geradezu schmerzhaft, wie die Abwehrreflexe gegenüber der AfD in mir wachsen.

Gleichzeitig muss man anerkennen: Wir müssen mit Blick auf die Migration aus dem arabischen Raum genau hinschauen. Es gibt keinen dezidiert muslimischen Antisemitismus. Schauen wir uns doch die Staaten an, die muslimisch sind! Da gibt es nicht diesen theologisch untersetzten muslimischen Antisemitismus, der nun auch zu einer Gefahr hier in Deutschland wird. Was wir auf der Weltkarte sehen können, ist, wie viele Kilometer ein Staat und seine Menschen, die auch hierher kommen, entfernt sind vom Staat Israel. Das hat eine geopolitische Bedeutung. Diese wiederum hängt mit einer muslimischen Sozialisation oder einer muslimisch-staatlichen Doktrin zusammen. Das müssen wir Demokraten - bei aller Abneigung gegenüber der AfD - durchaus ernst nehmen, um daraus konkrete Flüchtlingspolitik zu machen.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Was bedeutet das konkret für uns in Köln? Ich glaube, es gibt drei Bereiche, in denen wir konkret etwas machen können.

Erstens: im Bereich Migration und Flüchtlinge. Ich rufe alle Fraktionen und auch die Verwaltung dazu auf: Lassen Sie uns - wie ich auch - Gedanken darüber machen, wie wir Flüchtlingshelfer, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, unterstützen und befähigen können, speziell auf Antisemitismus zu reagieren.

Zweitens: das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Köln ist im Rahmen dieses Programms schon sehr aktiv. Die Fach- und Koordinierungsstelle ist, wenn ich richtig informiert bin, bei der AWO Köln angesiedelt. Das schon laufende Programm wird derzeit weiterentwickelt. Ich würde die Verwaltung bitten, frühzeitig Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob die Stadt Köln dafür Fördermittel bekommen kann. Wenn ja, sollten diese mit kommunalen Mitteln flankiert werden. Da wird es kaum um größere Beträge gehen.

Der dritte und letzte Impuls, den ich hier geben und für den ich werben möchte: Wir haben vor zwei Jahren das Thema Städtepartnerschaften hier in den Rat der Stadt Köln eingebracht. Die Verwaltung ist gerade dabei, das noch einmal zu überarbeiten. Da ist einiges in Bewegung. Ich möchte hier den Impuls setzen, in ganz besonderer Art und Weise den Jugendaustausch zwischen Köln und Tel Aviv zu stärken und exklusiv Programme aufzulegen, die sich auch im Städtepartnerschaftsprogramm wiederfinden. Dem Jugendaustausch zwischen Köln und Tel Aviv sollte dort eine ganz besondere Stellung zukommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau von Bülow hat das Wort.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Antisemitismus stellt unsere Grundwerte, stellt das Grundgesetz infrage. Jede seiner Formen ist ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft. Auch deswegen ist die Bekämpfung des Antisemitismus eine Sache, die uns alle angeht. Auch deswegen setzen heute alle demokratischen Fraktionen und Gruppen ein Zeichen hier im Rat, und das finde ich gut so.

Beschämend ist, dass immer wieder aufs Neue gesagt und gefordert werden muss: „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“, wie auch diese Resolution überschrieben ist. Bereits 2007 formulierte der Kölner Rat der Religionen in seiner Grundsatzklärung:

Gegenseitige Achtung, Akzeptanz und Toleranz sind ebenso Grundlage des gemeinsamen Handelns wie die Achtung der Menschenrechte, die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen und die Achtung des religiösen Bekenntnisses des jeweils anderen. Dazu gehört die Distanzierung von Antisemitismus und jeglicher Form von Rassismus.

Auch das Leitbild des Bündnisses „Köln stellt sich quer“ argumentiert in gleicher Weise.

Um was geht es? Die Bundesregierung, aber auch die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit definieren:

Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Seine Ausprägungen sind unterschiedlich, wie auch in der Resolution ausführlich beschrieben ist.

Zur aktuellen Situation ist festzuhalten: Die Polizei stellte 2017 deutschlandweit insgesamt 1.453 antisemitische Delikte fest, darunter 32 Gewalttaten sowie 160 Sachbeschädigungen und 898 Fälle von Volksverhetzung. Laut NRW-Innenministerium wurden in 2017 allein in NRW 324 antisemitische Straftaten begangen, wobei davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer hoch ist, weil vieles gar nicht erst zur Anzeige gebracht wird und vieles jenseits der Statistiken noch dazu kommt. Diese Zahlen sind beschämend.

Es darf nicht sein, dass sich Juden und Jüdinnen in unserer Stadt nicht mehr sicher fühlen. Es darf nicht sein, dass das Wort „Jude“ eines der häufigsten Schimpfworte unter Jugendlichen ist. Es darf nicht sein, dass, wie die Synagogen-Gemeinde beklagt, in den Schulen und im Alltag Antisemitismus zunimmt und offen zutage tritt. Es darf nicht sein, dass Vertreter einer politischen Partei, die auch hier im Rat vertreten ist, die Zeit des Nationalsozialismus und der Schoah durch unstatthafte Bemerkungen verharmlosen.

(Beifall)

Unsere Gesellschaft ist jetzt in der Pflicht. Setzen wir alles daran, dass sich nicht Hannah Arendts Satz von 1941 perpetuiert: „Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher.“

Was tun? Was tun hier in Köln? Vieles von dem, was bereits getan wird und getan werden sollte, haben meine Vorrednerin und mein Vorredner benannt. Vieles benennt auch die Resolution. Ich möchte zwei Bereiche herausgreifen.

Einen Beitrag im Kampf gegen den Antisemitismus leistet die Stadt durch ihre Städtepartnerschaften mit Tel Aviv/Yafo und mit Bethlehem. Die Stadt setzt sich für eine pluralistische Zivilgesellschaft in Israel und Palästina ein. Im Mittelpunkt stehen Begegnungen und der Dialog

zwischen Menschen. Über die bilateralen Beziehungen hinaus will die Stadt Köln auch die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen Menschen in Deutschland, Israel und Palästina fördern und einen kommunalen Beitrag zur friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und damit zur Realisierung der Zweistaatenlösung leisten. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind auch für die kommunale Partnerschaft bestimmend und für die Stadt Köln nicht verhandelbar. Wer das Existenzrecht Israels infrage stellt, scheidet für die Stadt Köln als Partner aus.

(Beifall)

Als Weiteres möchte ich herausgreifen die herausragende Arbeit des NS-Dok sowie die deutschlandweit einzige Bibliothek jüdischen Schrifttums, die Germania Judaica in Köln, sowie die Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit ihrem jahrzehntelangen Wirken gegen Antisemitismus und für christlich-jüdische Verständigung.

„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“, sagte Theodor Adorno auf die Frage der Erziehung nach Auschwitz. Die Ibs, die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, und die Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit stellen sich dieser Aufgabe in hervorragender Weise: mit Fortbildung von Multiplikatoren, mit Handreichungen, mit Tagungen, Jugendworkshops und vielem mehr. Dies gilt es seitens der Stadt Köln zu untermauern und auch personell zu verstärken; denn mit der Stärkung der Bildungsarbeit zum Antisemitismus bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus wird eine konkrete Antwort auf die aktuellen Herausforderungen gegeben. Auch damit leistet die Stadt Köln einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und stärkt damit die demokratische Stadtgesellschaft.

Antisemitismus und Rassismus dürfen in Köln keinerlei Unterstützung erfahren. Störungen und Gefährdungen unserer Stadtgesellschaft durch jedwede Form des Antisemitismus und Rassismus stellen wir uns entschieden entgegen. Dazu fordern wir auch die gesamte Stadtgesellschaft auf. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek hat das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Antisemitismus betrifft uns alle hier in Deutschland. Keiner kann sich dem entziehen. In Berührung gekommen bin ich mit dem Holocaust und dem Antisemitismus in der Schule. Das Ganze hat sich tief in das Denken und Fühlen verankert. Es ist Teil unserer Identität. Es ist auch Teil meiner Identität. Die Kultur der Erinnerung ist prägend. Aus ihr entsteht Verantwortung.

Dieser Teil der deutschen Geschichte ist vielleicht nicht der meine und auch nicht der meiner Eltern und Großeltern. Aber ich bin Teil dieser Gesellschaft - wie viele andere Zugewanderte auch. Man muss nicht historische oder biografische Bezugspunkte haben, um mitleiden und nachzuempfinden. Hierfür ist die Fähigkeit zur Empathie relevanter als eine Unmittelbarkeit des Betroffenseins.

Unsere Verfassung und unsere Grundhaltung zu den Menschenrechten sind direkte Ausflüsse dieser Verantwortung. Dazu gehört, dass jeder von uns Einfluss darauf hat, wie sich unser Zusammenleben gestaltet. Dazu gehört die Frage, wie wir uns als demokratische Gesellschaften organisieren müssen, damit so etwas nie wieder passiert. Diese Frage geht uns alle etwas an.

Wir als DIE LINKE freuen uns, dass heute diese Resolution von einer großen Mehrheit des Stadtrates beschlossen wird. Wichtig ist diese Resolution vor dem Hintergrund der antisemitischen Angriffe, die konstant hoch sind und denen wir uns entgegenstellen müssen. Wichtig ist sie, um zu zeigen, dass wir genau hinschauen, den Finger immer wieder in die Wunde legen und nicht davon ablassen werden.

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat untersucht, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus in Europas Gesellschaften und der gestiegenen Zahl der Migranten gibt. Wissenschaftler aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Belgien untersuchten dafür unterschiedliche Daten aus diesen fünf Staaten und kamen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass kein Anstieg antisemitischer Übergriffe festzustellen sei. „Antisemitismus ist ein Problem, das der Mehrheitsbevölkerung entspringt und nicht ausschließlich oder sogar überwiegend von Minderheiten herrührt“, heißt es in der Studie.

Im Mittelpunkt sollten - das ist meine Grundüberzeugung - das Miteinander und die Gemeinsamkeiten stehen. Deshalb wären wir alle gut beraten, gerade nicht neue Feindbilder und Frontli-

nien heraufzubeschwören. Als Einwanderungsgesellschaft stehen wir selbstverständlich vor anderen Herausforderungen, insbesondere was die Erinnerungskultur angeht.

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat mit Nachdruck gefordert, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus umfangreicher und dauerhafter zu fördern. Das sollten wir auch als unsere Aufgabe in Köln verstehen. In Köln haben wir mit dem NS-Dokumentationszentrum einen Akteur, der sich in der Arbeit gegen Antisemitismus und Rassismus verdient gemacht hat. Deshalb müssen die entsprechenden Ressourcen weiter bereitgestellt und aufgestockt werden.

Frau Möller, Sie haben das ausgeführt. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal.

(Beifall bei der LINKEN)

Das muss ein Ergebnis dieser Resolution sein, damit es nicht lediglich bei Lippenbekenntnissen bleibt.

Meine Damen und Herren, es ist gut und wichtig, dass es nunmehr einen Antisemitismus-Beauftragten gibt. Das ist toll; das ist wunderbar. Der nächste Schritt müsste sein, auch einen Rassismus-Beauftragten einzusetzen. Denn Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung sind nicht voneinander zu trennen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Als Einwanderungsgesellschaft - und so verstehe ich uns; ich glaube, das sehen Sie ähnlich wie ich - stehen wir da in einer besonderen Pflicht und Verantwortung.

Zum Schluss möchte ich gerne den israelischen Schriftsteller David Grossman zitieren, der das Gefühl von Zugehörigkeit, Sicherheit und Zerrissenheit sehr schön beschreibt:

Aber wenn ich von „Zuhause“ spreche, dann deshalb, weil ich immer noch tief daran glaube, dass die Definition eines Juden als Individuum die desjenigen ist, der sich in der Welt nie zu Hause gefühlt hat - aufgrund von Angriffen, Exil, Deportation, Genozid. Und dass das größte Bedürfnis des jüdischen Volks ist, einen Ort zu haben, an dem es sich sicher fühlt. Aber erst, wenn die Palästinenser ein Zuhause haben, haben wir auch eins. Israel wird mehr und mehr zu einer Festung - wir sind militärisch so

stark, so bewaffnet - und immer weniger ein Zuhause.

Ein Bekenntnis zu Israel kann daher nur dann glaubwürdig sein, wenn wir öffentlich und kritisch über die israelische Regierungspolitik reden können; denn wir müssen darüber reden.

Als Einwanderungsgesellschaft müssen wir auch sehen, dass es zum Thema Israel verschiedene Narrative in unserer Mitte gibt. Dass das keinesfalls mit Toleranz gegenüber Antisemitismus gleichzusetzen ist, ist selbstredend. In diesem Sinne müssen wir als Gesellschaft in Köln versuchen, alle zu einem kritischen Dialog einzuladen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade nach den Ausführungen von Frau Tokyürek möchte ich jetzt wieder auf das Thema Antisemitismus zurückkommen und nicht Israelkritik und Kritik an der israelischen Politik thematisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das kann man an anderer Stelle machen, aber nicht in diesem Rahmen.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, die Sie vor mir gesprochen haben, ich möchte Ihnen aber ganz herzlich für Ihre hier vorgetragenen Beiträge und die von Ihnen eingebrachten verschiedenen Aspekte und Argumente danken.

Trotz all dieser guten Reden, die Sie gehalten haben, würde ich mir von Herzen wünschen, dass wir, Sie und ich, diese Reden hier und heute gar nicht halten müssten.

(Beifall)

Für mich ist es unfassbar, dass wir uns 73 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem wir Deutsche so unendliches Leid über Jüdinnen und Juden gebracht haben, überhaupt mit diesem Thema Antisemitismus auseinandersetzen müssen.

Für mich ist es auch unfassbar, dass im Deutschen Bundestag mit der AfD eine Partei sitzt,

deren Vorsitzender Hitler und die Nationalsozialisten als „Vogelschiss in der Geschichte“ bezeichnet.

(Beifall)

Jeder, der die deutsche Geschichte kennt und der nur einmal ein Konzentrationslager oder auch lediglich das EL-DE-Haus in Köln besucht hat, kann über so viel Geschichtsvergessenheit und Verantwortungslosigkeit nur fassungslos sein.

(Beifall)

Sie merken: Ich bin es.

Meine Damen und Herren, wenn schon Parlamentarier offen mit antisemitischen Vorurteilen spielen, dann darf es uns nicht wundern, dass Juden in unserem Land in Angst leben. So traut sich die Mehrheit von ihnen nicht, in der Öffentlichkeit jüdische Symbole zu tragen - leider zu Recht, wie die Vorfälle in Berlin gezeigt haben, wo ein junger Mann auf offener Straße angegriffen wurde, weil er eine Kippa getragen hat.

(Zuruf von der AfD: Von wem denn?)

Dieser körperliche Angriff ist aber nur die Spitze des Eisberges. Verbale Ausschreitungen gibt es zuhauf - auch hier in Köln.

Noch sehr ungern erinnere ich mich an die Debatte um die sogenannte Klagemauer, mit der in volksverhetzender Weise Stimmung gegen Juden und den Staat Israel gemacht wurde. Diese Demonstration im Schatten des Domes war nicht nur für mich eine Zumutung; sie war eine Zumutung für unsere Stadt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, trotz aller Sorge: Verzagtheit und Fassungslosigkeit sind schlechte Ratgeber für Politiker und Politikerinnen. Da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Deshalb möchte ich hier auf zwei Beispiele aus jüngster Zeit eingehen, die Mut machen und die unsere ganze Unterstützung verdienen.

Das erste Beispiel kommt aus der Stadtgesellschaft. Wer am 25. April 2018 auf dem Roncalliplatz war, konnte eindrucksvoll erleben, dass engagierte Kölner und Kölnerinnen unter dem Stichwort „Kippa Colonia“ zu einer Veranstaltung aufgerufen hatten, um für ein gutes Miteinander mit unseren jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen zu demonstrieren.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zivilgesellschaft und Politik, aber auch Vertreter der Religionen haben hier gemeinsam jeglichem Antisemitismus eine klare Absage erteilt.

Das zweite Beispiel war die Grundsteinlegung für das Jüdische Museum in der vergangenen Woche. Denn dieses Museum zeigt in exemplarischer Weise die besondere Verbundenheit und macht deutlich, welch lange Geschichte Köln mit den Juden verbindet.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen verbindet die FDP auch eine lange Geschichte mit diesem Museum. So haben die Liberalen bereits 1985 genau dieses Museum gefordert und seitdem auf allen Ebenen dafür gekämpft.

Meine Damen und Herren, nehmen wir diese Signale der Hoffnung als ein gutes Zeichen, dass wir in Köln als weltoffener Stadt dem Antisemitismus die Stirn bieten. Vergessen wir aber niemals, dass es unsere Pflicht ist, als Demokraten und Demokratinnen auf allen Ebenen und in allen Bereichen gegen die Judenfeindlichkeit zu kämpfen,

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

und zwar nicht allein in Ratsreden, sondern vor allem im Alltag, wo der Antisemitismus doch so oft auf leisen Sohlen daherkommt. - Danke.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gerlach das Wort.

**Lisa Hanna Gerlach** (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Vorredner haben die Wichtigkeit unseres Anliegens dargelegt und die verschiedenen Ausprägungen des Antisemitismus beleuchtet. Ich möchte noch einige Ergänzungen dahin gehend vortragen, was auf unsere heutige Resolution folgen muss.

Ihr Titel lautet „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ Diese beiden Aspekte müssen wir zukünftig in der Stadtgesellschaft zusammenbringen.

Dass dies nötig ist, zeigen auch die Zwischenrufe der AfD. Denn es geht hier mitnichten darum, geflüchtete Menschen zum Beispiel aus Syrien, dem Iran und dem Irak als antisemitisch zu diffamieren, um weitere rigorose Abschottungs- und Abschiebungspolitik zu forcieren. Nicht nur im Zusammenhang mit der historischen Verantwortung Deutschlands gehört es sich nicht, von einem „importierten Antisemitismus“ zu sprechen.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Unser Bundespräsident Steinmeier hat es zuletzt auf den Punkt gebracht:

Es gibt zwar Antisemitismus bei denen, die zugewandert sind. Aber im Kern ist Antisemitismus unser deutsches Problem.

Dass dem so ist, zeigen die vielen Studien zu diesem Thema, auf die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihren Reden heute schon hingewiesen haben. Ich möchte es noch einmal kurz zusammenfassen.

2012 - lange vor der sogenannten Flüchtlingskrise - ergab eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass bei 28 Prozent der Bevölkerung antisemitische Einstellungen vorliegen.

2014 stimmten 14 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, dass Jüdinnen und Juden zu viel Einfluss in Deutschland hätten.

Jüngst veröffentlichte die *FAZ* Ergebnisse von Befragungen über Antisemitismus im Parteienspektrum. 19 Prozent der CDU-Anhänger sagten demnach 2018, dass sie der Aussage „Juden haben zu viel Einfluss“ zustimmen würden; bei den SPD-Anhängern waren es 16 Prozent und bei den FDP-Anhängern 19 Prozent; 17 Prozent der Grünen-Anhänger und 20 Prozent der LINKEN-Anhänger stimmten zu. Unter den Anhängern der AfD - „Schuld kult“, „Denkmal der Schande“ - unterstützten diese Aussage leider 55 Prozent.

Wir halten fest: Antisemitismus ist ein riesiges Problem und lässt sich nicht auf eine bestimmte Gruppe von Menschen oder auf politische Strömungen begrenzen.

Für eine solidarische Stadtgesellschaft ist es also wichtig, nicht nur über den Antisemitismus von Geflüchteten zu sprechen, sondern diesen in den Kontext des Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft zu stellen. Denn das, was Geflüchtete über Israel und Juden denken, unterscheidet sich im Zusammenhang mit antisemitischen Vor-

urteilen nicht wesentlich von dem, was etwa 15 Prozent der deutschen Staatsbürger denken.

Gleichzeitig müssen wir ernst nehmen, dass ein Teil der Geflüchteten hier in Deutschland jüden- und israelfeindlich ist. Von Antisemitismus Betroffene berichten im Übrigen, dass antisemitische Haltungen und Handlungen immer mehr zunehmen. Es ist auch so, dass Antisemitismus in einigen Herkunftsländern zur Staatspropaganda gehört.

Ich empfehle an dieser Stelle, sich mit den Ergebnissen der Studie „Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah“ des American Jewish Committee auseinanderzusetzen.

Wir, die Ratsgruppe BUNT, haben Ende 2017 gefragt, welche Projekte in Köln bei der Prävention von Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen ansetzen. Die Antwort war aufschlussreich. Um ein dauerhaftes und nachhaltiges Angebot für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Salafismus zu gewährleisten, sei eine personelle Aufstockung bei der Info- und Bildungsstelle notwendig, antwortete die Verwaltung.

Das ist ein konkreter Auftrag an die Politik und die Verwaltung. Kürzlich ist vom NS-Dokumentationszentrum noch einmal vorgetragen worden, dass auch dort Bedarf nach einer Stelle besteht. Meines Wissens sind wir da bis heute nicht weiter.

Ich komme noch einmal zum Aspekt „Kein Raum für Antisemitismus in Köln!“. Über viele Jahre haben wir in Köln dem Antisemitismus auf der Domplatte Raum gegeben - in Form der Klagemauer. Das war eine Schande für Köln.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke. - Wir hatten dazu den Antrag „Dauer-Demonstration ‚Kölner Klagemauer‘ zur Dokumentation von Antisemitismus nach 1945 an geeignete Institutionen übergeben“ geschrieben.

Städtische Räume dürfen nie mehr im Sinne der BDS-Kampagne zur Verfügung gestellt werden - nicht auf der Domplatte, nicht sonst wo.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass wir es in Köln so wie in München halten. Dort wurde beschlossen, dass die Stadt sich solidarisch zu Israel stellt, Israels Recht auf Existenz und Selbstverteidigung schützt und den weit verbreiteten

Antisemitismus aufs Schärfste verurteilt. Das wäre dann der Zirkelschluss zu einer solidarischen Stadtgesellschaft, und damit setzten wir ein klares Zeichen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Tritschler hat das Wort.

(Sven Tritschler [AfD] begibt sich zum Rednerpult)

- Entschuldigen Sie. Im letzten Moment hat sich noch jemand für die Antragsteller gemeldet. - Herr Scholz, bitte.

**Tobias Scholz** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ratsgruppe GUT begrüßt das heutige geschlossene Auftreten aller demokratischen Fraktionen und Gruppen im Kölner Rat.

Warum ist eine Resolution gegen Antisemitismus im Jahr 2018 notwendig? In den meisten europäischen Städten, auch in Köln, fühlen sich jüdische Kinder, Frauen und Männer auf den Straßen nicht mehr sicher und vermeiden es, als solche erkannt zu werden, beispielsweise durch das Tragen der Kippa.

Dass mittlerweile flächendeckend jüdische Einrichtungen wie Synagogen und Kindergärten unter Polizeischutz gestellt werden müssen, ist skandalös und darf niemals als normal hingenommen werden.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bettina Levy, Mitglied der Gemeindevertretung der Synagogen-Gemeinde Köln, sagte hierzu im *Kölner Stadt-Anzeiger*:

Antisemitismus ist auch in Köln offener und alltäglicher geworden. Ich kann für unsere Gemeindemitglieder sagen, dass das Sicherheitsbedürfnis gewachsen ist. Man ist vorsichtig geworden.

Und diese Aussage 73 Jahre nach dem Holocaust! Das ist eine Schande. Die Erinnerung daran verblasst offenbar zunehmend.

Flächendeckend bevölkern vermehrt Neonazis und Rechtspopulisten die Parlamente und tönen auch noch, jüdisches Leben schützen zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Es sind antisemitische

und rassistische Rattenfänger, deren Ziel es wiederholt ist, jegliche zivilisatorischen Übereinkünfte zu negieren und Kinder, Frauen und Männer, die nicht in ihr faschistoides Menschenbild passen, zu erniedrigen und zu verfolgen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wohin dies letztendlich führen kann, wissen wir alle aus unserer deutschen Geschichte.

Symptomatisch für den modernen Antisemitismus ist auch seine Mutation zu einer per se antiisraelischen Haltung, die schichtunabhängig von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr als politisch inkorrekt empfunden wird - nach dem Motto: Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...

Bezeichnend hierfür ist auch der exklusive Einzug des Adjektivs israelkritisch in den deutschen Duden. Deutschlandkritisch, weißrusslandkritisch, irankritisch, Saudi-Arabien-kritisch usw. sucht man vergebens.

Der Rabbi Lord Jonathan fasste es treffend zusammen:

Einst wurden die Juden wegen ihrer Religion gehasst. Dann wegen ihrer Rasse und heute wegen ihres wehrhaften demokratischen Nationalstaats Israel.

Positiv ist jedoch, dass die derzeitige Bundesregierung konsequent die aktuelle Antisemitismus-Definition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken 2017 übernahm. Darin heißt es klar:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.

Zum Ausdruck kommen kann Antisemitismus aber auch durch das

Absprechen des Rechts auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, beispielsweise durch die Aussage, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Projekt.

Wie sieht es eigentlich in Köln konkret aus? Was gibt es bzw. gab es in den letzten Jahren für Bei-

spiele von offenem bzw. schlecht getarntem Antisemitismus im öffentlichen Raum?

Berühmt-berüchtigt ist sicherlich der verstorbene Antisemit W. Herrmann mit seiner unsäglichen Klagemauer, die jahrelang vor dem Kölner Dom ausschließlich Hetze gegen Israel und Juden betrieb.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sein Hetzmaterial konnte er bis 2015 im Bürgerzentrum Alte Feuerwache lagern.

Im Februar 2016 fand im Bürgerzentrum Alte Feuerwache eine Feier zum 47. Jubiläum der Terrororganisation DFLP unter dem Motto „Solidarität mit der Intifada in Palästina“, veranstaltet von der Palästinensischen Gemeinde Köln, statt. Zur Erinnerung: Die DFLP ermordete unter anderem 21 israelische Schulkinder in ihrer Schule im nordisraelischen Ma'alot.

Im September 2017 fand an der Volkshochschule Köln die Veranstaltung „50 Jahre Besatzung und Palästina - und kein Ende?“ statt, bei der es grundsätzlich um Israel als Aggressor ging.

Und - ganz aktuell - Anfang Juni 2018 spielte der zum Maskottchen der antisemitischen BDS-Bewegung verkommene Roger Waters, ehemals Pink Floyd, in Köln. Präsentiert wurde das Konzert ursprünglich vom WDR. Erst auf Initiative der Kölnerin Malca Goldstein-Wolf trat der Westdeutsche Rundfunk von der Präsentation zurück.

Umso notwendiger ist es, dass im gemeinsamen Resolutionstext klar betont wird: Wer dem Ziel, Antisemitismus zu bekämpfen, entgegensteht, darf in Köln keinerlei Unterstützung erfahren.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Konkret muss das auch bedeuten, dass zukünftig in mit öffentlichen Mitteln geförderten Kölner Einrichtungen keine antisemitischen Veranstaltungen mehr stattfinden dürfen und Antisemiten bzw. entsprechende Gruppierungen solche Räumlichkeiten nicht mehr nutzen dürfen.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal herzlich bei der SPD-Fraktion für den Anstoß zur Resolutionsinitiative bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt Herr Tritschler, bitte.

**Sven Tritschler (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich in unserer Mitte Juden nicht mehr sicher fühlen können, dann ist das ein Thema, das unsere Aufmerksamkeit verdient. Wenn sich Mitbürger nur wegen ihrer Kippa nicht mehr auf die Straße oder zumindest in bestimmte Ecken trauen können, dann ist es in der Tat Zeit, zu handeln. Wenn es in Deutschland Veranstaltungen auf offener Straße gibt - wie zuletzt in Essen -, bei denen „Juden ins Gas“ gerufen wird, dann dürfen wir nicht wegschauen.

Wir sollten dieses Thema ernst nehmen und es nicht für billige parteipolitische Taschenspielertricks missbrauchen. Aber genau diese Größe fehlt den Antragstellern offenkundig.

Offenbar geht es Ihnen nicht darum, einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen den Antisemitismus herzustellen. Denn sonst hätten Sie Deutschlands größte Oppositionskraft auch gefragt.

Es geht Ihnen wohl darum - das ist ganz durchsichtig -, genau diese Oppositionskraft hier vorzuführen. In Ihrer ganzen Aufregung um meine Partei ist Ihnen inzwischen nichts mehr zu schäbig. Da kann man auch einmal die Sorgen und Nöte der jüdischen Mitbürger instrumentalisieren.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja das Allerletzte!)

Und einen solchen Antrag unterschreiben Sie gemeinsam mit der LINKEN - einer Partei, die insbesondere in NRW bekanntermaßen ein wahres Nest von Antisemiten ist; -

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Würden Sie sich bitte mäßigen und jetzt zum Thema sprechen?

**Sven Tritschler (AfD):** Ich spreche zum Thema.

- einer Partei, deren Bundestagsabgeordnete Annette Groth unbehelligt vor Fernsehkameras behaupten darf, die Juden in Israel würden nicht nur Brunnen vergiften, nein, sie würden das ganze Mittelmeer vergiften.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist Volksverhetzung!)

Sie unterschreiben diesen Antrag auch gemeinsam mit den Grünen, die zwischenzeitlich eine besondere Kennzeichnung oder gar den Boykott israelischer Produkte fordern.

Meine Damen und Herren von den Kartellparteien, wer mit den Antisemiten ins Bett geht, der hat wenig Glaubwürdigkeit, wenn es darum geht, Antisemitismus zu bekämpfen -

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe  
Rot-Weiß)

einen Antisemitismus im Übrigen, den Sie alle millionenfach in unser Land gelassen haben; einen Antisemitismus, den Sie singend und klatzend am Bahnhof empfangen und dann bei Parteifreunden im Hotel unterbringen.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe  
Rot-Weiß - Martin Börschel [SPD]: Was  
Sie hier machen, ist ja Volksverhetzung!)

Ja, dieser importierte Judenhass ist sicher nicht der einzige, den es bei uns gibt. Ja, es gibt ihn auch unter Deutschen. Und ja, es gibt ihn auch von rechter Seite. Und damit wir uns ganz richtig verstehen: Das verurteilen, verachten und bekämpfen wir.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Inzwischen ist das aber in der Tat ein eher nachrangiges Problem. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat in ihrer Studie festgestellt - ich weiß nicht, was Sie gelesen haben -, dass Antisemitismus unter Muslimen weit mehr verbreitet ist als unter anderen Bevölkerungsgruppen, und die Universität Bielefeld hat wiederum festgestellt, dass 81 Prozent der antisemitischen Übergriffe in Deutschland von Muslimen ausgehen.

Hätten Sie auch nur einen Funken Glaubwürdigkeit bewahren wollen, dann hätten Sie dieses Problem nicht völlig in Ihrem Antrag verschwiegen.

Ihre Parteifreunde bei uns im Landtag haben das vor einigen Wochen noch besser hinbekommen, als der Antisemitismus-Beauftragte beschlossen wurde und ein Antrag verfasst wurde, dem alle Fraktionen, auch die meine, zustimmen konnten.

Selbst im Deutschen Bundestag war das der Fall. Dort sagte unser Fraktions- und Parteivorsitzender, der heute schon zitiert wurde:

Aber entstanden ist dieser Staat

- Israel -

aus einem einmaligen Zivilisationsbruch, der für immer mit dem deutschen Namen verbunden bleiben wird: der Schoah. Gerade weil wir auf diese furchtbare Weise mit dem Existenzrecht Israels verbunden sind, war und ist es richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsräson zu erklären.

Zitat von Alexander Gauland.

Meine Damen und Herren, der Kölner Rat hätte heute auch ein starkes, fraktionsübergreifendes Signal senden können. Aber der Altparteienblock hat in seiner altbekannten Borniertheit beschlossen, unsere jüdischen Mitbürger für billige Parteipolitik zu missbrauchen.

Da geht meine Fraktion nicht mit. Wir werden uns an dieser Stelle enthalten.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe  
Rot-Weiß)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Wiener hat das Wort.

**Markus Wiener** (Ratsgruppe Rot-Weiß): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich für die Ratsgruppe Rot-Weiß vollumfänglich den Ausführungen des geschätzten Kollegen Tritschler anschließen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere ist es wirklich beschämend, wie die etablierten Parteien dieses wichtige Thema schamlos missbrauchen und es zum Wechseln politischen Kleingeldes instrumentalisieren. Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist wirklich ein Tiefpunkt.

Deswegen wird auch die Ratsgruppe Rot-Weiß diesem Antrag natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Unna hat den Wunsch geäußert, noch eine persönliche Erklärung abzugeben.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier ist sehr viel Richtiges gesagt worden - außer in den letzten zwei Beiträgen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme nicht umhin, Ihnen bei diesem Thema eine persönliche Note - deswegen ist es auch eine persönliche Wortmeldung und keine Wortmeldung für meine Fraktion - mit auf den Weg zu geben und darzustellen, wie betroffene Familien das Thema sehen.

Mein Großvater, Dr. Alfred Unna, war Zahnarzt in Hamburg. Er entkam 1938 relativ knapp, wie Sie der Jahreszahl entnehmen können, der Schoah. Das gelang nicht allen Familienmitgliedern.

Diejenigen, die es überlebt haben, haben es dank der neuen Möglichkeiten im damaligen britischen Mandatsgebiet geschafft, weil andere Staaten nicht bereit waren, sie aufzunehmen - mit wenigen Ausnahmen.

Bevor mein Großvater mit meinem Vater und seinen Geschwistern ausreisen konnte - und er konnte noch legal ausreisen -, hatte er den wirtschaftlichen Niedergang seiner Zahnarztpraxis zu betrachten. Das hatte sehr viel mit dem hier schon zitierten Slogan „Kauft nicht bei Juden“ zu tun. Nun kauft man keine Zähne, aber Leistungen beim Zahnarzt.

Einer seiner Enkel lebt heute in einem kleinen sozialdemokratischen Kibbuz etwa in der Mitte zwischen Tel Aviv und Haifa - natürlich diesseits der Green Line, natürlich im Kerngebiet, wie sich das gehört. Dieser Kibbuz betreibt Landwirtschaft und produziert zum Beispiel Apfelsinen, deren Saft wir auch hier in Deutschland - unter anderem Namen - kaufen können.

„Kauft nicht bei Juden“ ist letztlich der Slogan der hier zitierten BDS-Kampagne, die ich jetzt, denke ich, nicht mehr vorstellen muss.

Ich möchte Sie einfach bitten - ich bitte die Verwaltung und auch die Oberbürgermeisterin, dafür zu sorgen -, dass Räume der Stadt Köln und Unterstützung durch die Stadt Köln Menschen oder Organisationen, die BDS aktiv unterstützen, nicht mehr zugutekommen.

Im Übrigen hat BDS nicht nur etwas mit wirtschaftlichem Handeln zu tun. Aktuell, Stand heute, wird auf der deutschen BDS-Seite zum Boykott eines Fußballspiels oder auch des ESC, also einer aus meiner Sicht ausgesprochenen völkerverbindenden Veranstaltung, aufgerufen. Daran erkennen Sie den wahren Grund und die wahre Motivation von BDS.

Ich denke, dass das Existenzrecht Israels durchgängig gewahrt sein sollte. BDS versucht, dieses Existenzrecht zu delegitimieren. Alles, was diesen Versuchen entgegentritt, begrüße ich außerordentlich. Ich möchte mich ausdrücklich bei Frau Möller für ihre Arbeit an dieser Resolution bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Enthaltungen von Rot-Weiß und der AfD. Dann bedanke ich mich dafür, dass der Antrag mit so breiter Mehrheit beschlossen wurde.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu:

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

##### **4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“**

**AN/0574/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018  
2132/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Herr Greitemann, vielen Dank für die Antwort. Es hat zwar ein bisschen gedauert. Bei dieser komplexen Anfrage ist das aber in Ordnung. - Die Antwort ist heute Mittag eingestellt worden. Wir würden sie uns gerne in Ruhe angucken.

Deshalb schlagen wir vor, dass die Antwort auch als Mitteilung an den Rechnungsprüfungsausschuss und an den Bauausschuss übersandt

wird. Das sind ja die beiden zuständigen Ausschüsse, die sich mit diesem Thema beschäftigen sollten. Das ist doch möglich, oder?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja. Herr Greitemann nickt. Einverstanden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Danke!)

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Flächenmanagement in Köln“ AN/0857/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 03.07.2018 2133/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Struwe.

**Rafael Struwe (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen Dank an die Verwaltung für die Beantwortung unserer Anfrage. - Wir haben zwei Nachfragen.

Erstens. Inwiefern gibt es bezüglich der Einführung des in der Antwort erwähnten IBoMa-Modells bereits einen zeitlichen Horizont? Insbesondere vor dem Hintergrund des erheblichen Schulbaunotstandes halten wir gerade die Weiterentwicklung der Flächen für Bildungsinfrastruktur für vorrangig und notwendig.

Zweitens. Existieren Überlegungen hinsichtlich einer Möglichkeit zur Öffnung von Schulhöfen für Freizeit- und Sportaktivitäten? Das betrifft die Beantwortung der Frage 5. Da bestehen aus unserer Sicht noch ungenutzte Potenziale.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann, mögen Sie antworten?

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Ja. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde das gerne schriftlich dezidiert beantworten, damit es auch wirklich fundiert ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Neue Siedlungsbereiche in Esch/Auweiler“**

**AN/0847/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 29.06.2018 2116/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Bitte sehr, Herr Frenzel.

**Michael Frenzel (SPD):** Ich möchte mich bei der Verwaltung für die Beantwortung dieser Anfrage der SPD-Fraktion bedanken und habe zwei Nachfragen.

Zum einen: Der Stellungnahme der Verwaltung ist zu entnehmen, dass bei einer Siedlungserweiterung in Esch/Auweiler in jedem Fall neue Buslinien notwendig wären. Da ist die Nachfrage: Welchen Realisierungszeitraum beabsichtigt die Verwaltung für die drei Siedlungserweiterungsflächen? Und: Können Sie einen ungefähren Rahmen angeben, wann die Bauleitplanverfahren für diese Siedlungserweiterungen in Esch/Auweiler aus Sicht der Verwaltung beginnen?

Dann habe ich eine Nachfrage zur Antwort zu Frage 5.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das waren schon zwei Nachfragen, Herr Frenzel.

**Michael Frenzel (SPD):** Entschuldigung. Waren das zwei Nachfragen zu den Siedlungserweiterungsflächen? - Sonst packen wir das noch einmal in eine schriftliche Nachfrage hinein.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir machen das schriftlich. Okay.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „KiTa-Platzvergabe mit ‚Little Bird‘“ AN/0862/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 25.06.2018 2000/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Gefährliche und verrufene Orte in Köln - Ergebnisse der Großen Anfrage der AfD-Landtagsfraktion“**

**AN/0994/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018  
2260/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Tritschler.

**Sven Tritschler (AfD):** Ja, zur Antwort auf Frage 1. Wir hatten gefragt:

Ist die Stadtverwaltung über die ... Orte unterrichtet, und um welche Orte in Köln handelt es sich?

Die Antwort lautete:

Eine automatische Mitteilung ... findet nicht statt, sondern wird bei Bedarf durchgeführt.

Das ist meines Erachtens keine Antwort auf die Frage. Ich frage deshalb noch einmal: Kennen Sie die Orte, und wenn ja, welche sind es?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Keller.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stadtverwaltung kennt die Orte so genau, dass sie ihren eigenen Aufgaben nachkommen kann, und das ist an dieser Stelle ausreichend.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

**4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Luftreinhaltung: Gesundheit hat höchste Priorität, nicht der Autoverkehr!“ AN/1077/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018  
2224/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage. - Ich habe zwei Nachfragen zu der Beantwortung.

Erstens. Sie bringen in der Beantwortung Ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Arbeitsgruppe „Umsetzung von Mobilitätsmaßnahmen zur Luftreinhaltung“ zeitgleich mit dem Umweltausschuss getagt hat. Daraus resultiert folgende Frage: Kann man davon ausgehen, dass das nicht noch einmal vorkommt, sodass der zuständige Dezernent, Herr Dr. Rau, mit seiner fachlichen Kompetenz und seinen Mitarbeitern die Termine wahrnehmen kann?

Zweitens. Eine weitere Frage würde ich gerne an Herrn Dr. Rau richten. Sie haben uns in Ihrer Beantwortung ja bestätigt, dass das Umweltdezernat für die Frage der Luftreinhaltung zuständig ist. Dementsprechend geht meine Nachfrage an Herrn Dr. Rau. Die Stadt Aachen hat in Eigenregie zusätzlich zu den Messungen der Landesumweltbehörde eigene Messungen durchgeführt. Die Messungen der Stadt Aachen zeigen einen Anstieg der NO<sub>2</sub>-Werte an. Bei den Landesmessungen stagnieren die Werte. Halten Sie, Herr Dr. Rau, solche zusätzlichen Messungen in Köln für sinnvoll?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein, zur ersten Frage kann ich nur sagen: In der Beantwortung ist das Bedauern der Verwaltung darüber, dass das geschehen ist, ausgedrückt. Ich gehe nicht davon aus, dass das noch einmal geschehen wird. Denn dadurch ist die Verwaltung ja sensibilisiert worden.

Zur zweiten Frage muss ich Ihnen leider sagen: Das ist keine Nachfrage zu der von Ihnen gestellten Frage, sondern eine neue Frage. Sie können sie gerne noch einmal einreichen.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sie antworten auf die Frage 5 - - Sie nehmen Bezug darauf, dass die Messungen in Aachen durchgeführt werden. Daher gibt es sehr wohl einen Zusammenhang. Das ist doch logisch. Wenn erwähnt wird, dass das in Aachen geschieht, ergibt sich doch als Selbstverständnis, dass wir dann nachfragen können, ob das, was in Aachen geschieht, für uns relevant ist.

Außerdem ist das jetzt sehr formal. Es liegt doch auf der Hand. Wir haben Ihnen die Information gegeben, dass - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es war die Frage 4, nicht die Frage 5.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Ja, gut; dann ist es halt die Frage 4.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein, das ist das Verwaltungsgericht und nicht die Stadt Aachen. Aber wir nehmen die Frage gerne mit und beantworten sie schriftlich.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Aber eines erschließt sich mir nicht, Frau Oberbürgermeisterin: Warum kann der zuständige Dezernent, wenn er anwesend ist, zu einer so einfachen Frage nicht Stellung beziehen?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich wiederhole noch einmal: Wir nehmen die Frage gerne mit und beantworten sie schriftlich.

Tagesordnungspunkt

**4.7 Anfrage der Fraktion die Linke betreffend „Die Stadtwerke-Affäre - Wissen und Beteiligung“ AN/1023/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018 2263/2018**

Auch hier liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Die beiden Nachfragen, nehme ich an, stellt Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, da die Oberbürgermeisterin das Thema nicht aufruft, sondern nur die Nummer des Tagesordnungspunktes nennt, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass es hier um den Stadtwerke-Skandal geht.

Frau Oberbürgermeisterin, die Antwort von Ihnen, und zwar ganz persönlich von Ihnen, auf unsere Anfrage ist ein Skandal und zeigt, dass Sie Ihre Rolle in der Börschel-Affäre nicht aufklären wollen. Sie mauern.

Da ich laut Geschäftsordnung - das war meine Äußerung - nur zwei Nachfragen stellen kann, stelle ich folgende Fragen:

Erstens. Was haben Sie getan, um die Gerüchte - und zwar, um bei Ihren Worten zu bleiben, verdichteten Gerüchte - aufzuklären, die Ihnen vor der Aufsichtsratssitzung am 19. April 2018 bekannt wurden?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wollen Sie die zweite Frage anschließen? Oder soll ich die erste Frage direkt beantworten?

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Sie können erst die erste Frage beantworten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das kann ich gerne sagen. Es ist mein Selbstverständnis, und es ist auch mein Amtsverständnis, dass ich über persönliche Gespräche nicht berichte. Vertrauliche Gespräche bleiben bei mir vertraulich. Darauf kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger in Köln verlassen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Gut. Ich nehme also zur Kenntnis, dass das nicht nur Gerüchte waren, sondern auch Gespräche.

(Zurufe von der CDU)

- Seien Sie doch nicht so kleinlich. Mein Gott! Bei der Mauer-Antwort!

Zweitens. Am 9. April 2018 haben Sie sich mit Herrn Börschel getroffen. Das ist unstrittig. Ihr Pressesprecher erklärte, es sei über die Geschäftsführerposten nicht gesprochen worden. Jetzt erklären Sie persönlich in der Antwort:

Über ... die Schaffung eines hauptamtlichen Vorstandspostens und dessen Besetzung wurde nicht gesprochen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass der Pressesprecher der Kölner SPD Folgendes erklärte?

Ich habe andere Informationen über den Inhalt des Gespräches.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das ist mir bekannt.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Über was haben Sie mit Herrn Börschel am 9. April 2018 tatsächlich gesprochen?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Auch diese Frage kann ich nur so beantworten, dass es mein Selbstverständnis und auch mein Amtsverständnis ist, dass ich vertrauliche Gespräche auch vertraulich behandle und weder Gesprächsteilnehmer noch Inhalte benenne.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Reker, warum leisten Sie nicht einen Beitrag zur Aufklärung?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe alles aufgeklärt, was ich aufzuklären habe. Und nach dem Kölner Konjunktiv könnte ich Sie ja auch einmal fragen, warum Sie nicht gehandelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Aber es ist nur der Kölner Konjunktiv.

(Jörg Detjen [DIE LINKE ] begibt sich an ein Mikrofon)

- Ich habe Sie nicht gefragt, sondern nur gesagt: Ich könnte fragen.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin, ich habe gehandelt und habe mich in der Aufsichtsratssitzung am 17. April 2018 ganz klar positioniert. Ich habe gehandelt und habe versucht, vorher das aufzuklären, was sich da anbahnt.

Insofern finde ich: Ihre Bemerkung können Sie sich echt an den Hut schmieren.

(Zurufe: Hui! - Oh! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist er aber angepiekst!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

**4.8 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Sicherheitsrisiko Schülerfahrten der KSV GmbH“ AN/1091/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018 2245/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Wortmann, bitte.

**Walter Wortmann (Freie Wähler Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage. Das ging ja verhältnismäßig schnell. Andererseits ging es mir vielleicht etwas zu schnell. Ich habe noch zwei konkrete Fragen. Sie können entweder von Ihnen, Frau Reker, oder von Herrn Fenske beantwortet werden.

Erstens. Hier wird immer wieder auf den Begriff „laut KSV“ zurückgegriffen. Ich will Ihnen ganz klar sagen, dass mein Misstrauen diesem Unternehmen gegenüber sehr ausgeprägt ist. Meine Frage lautet: Sind Sie bereit, dann, wenn Sie tiefer gehende Informationen bekommen, eine weitere Anfrage zu dieser Causa zuzulassen?

Zweitens. Ich habe eine Frage gestellt, die nicht beantwortet worden ist. Trifft es zu, dass der Eigentümer des am 25. Juni 2018 stillgelegten Busses identisch mit der Person des Geschäftsführers der KSV ist? Darauf möchte ich eine konkrete Antwort haben. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Fenske, wenn Sie das beantworten mögen, was in öffentlicher Sitzung beantwortet werden kann: Bitte.

**Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe):** Ja, ich denke, dass ich das beantworten kann. - Herr Wortmann, Sie haben recht: Es ist der Geschäftsführer der KSV.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

**4.9 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Attraktiveres Live-Streaming“ AN/1093/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 05.07.2018 2241/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die schnelle Beantwortung der Anfrage.

- In der Antwort zu Frage 4 schreiben Sie, dass die technischen Verbesserungen des Livestreams, der gerade läuft, mit der kurzfristig anstehenden Ausschreibung und der anschließenden Neuvergabe umgesetzt werden sollen und dass die Vergabe bis Jahresende abgeschlossen sein soll. Nun ist der Beschluss ja im April 2017 gefasst worden. Meine Frage lautet: Konnte nicht vorher ausgeschrieben werden, weil bestehende Verträge so lange liefen? Oder woran liegt es, dass erst jetzt, knapp anderthalb Jahre später, ausgeschrieben wird? - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde diese Frage gerne schriftlich beantworten. - Dankeschön.

Dann kommen wir zu:

## **6 Ortsrecht**

### **6.1 Satzungen**

Tagesordnungspunkt

#### **6.1.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen 0373/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 13.

Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktion DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **6.1.2 Kinderfreundliches Köln - Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 1083/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse über die korrigierte Fassung abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

## **6.4 Sonstige städtische Regelungen**

### **6.4.1 Neufassung der Geschäftsordnung Integrationsrat 0336/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018 1964/2018**

Das ist eine Kenntnisnahme.

Wir kommen zu:

## **10 Allgemeine Vorlagen**

Tagesordnungspunkt

### **10.1 Ausstattung der Gesamtschule Wasseramselweg 2, 50829 Köln-Vogelsang hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Einrichtung, Finanzstelle 4014-0301-4-1126 0516/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.2 Planungsaufnahme zur Erstellung eines Erweiterungsbaus für die KGS Thurner Str. 23, Nebenstelle Urnenstr. 7, 51069 Köln-Dellbrück 0880/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.3 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2016 - Beteiligungsbericht 2016 1407/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Einstellung der weiteren Planungen 2465/2016/2**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie BV 7, Anlage 4.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Anpassung des Planungsbeschlusses zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen „Nippesbad“, Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50737 Köln-Nippes 1444/2016/1**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Schulausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. - Da gibt es doch eine Wortmeldung. Bitte.

**Inge Halberstadt-Kausch** (SPD): Wir möchten bitten, bei TOP 10.5 wie BV Nippes abzustimmen. Die BV Nippes hat mit folgendem Zusatz beschlossen:

Die Priorität der Schule soll erhalten bleiben, ferner soll eine Personalisierung erfolgen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann nimmt sofort dazu Stellung.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Den Auftrag haben wir bereits übernommen. Personalisiert ist das Projekt, und es wird unverzüglich nach diesem Ratsbeschluss durchgestartet.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Reicht Ihnen das?

**Inge Halberstadt-Kausch** (SPD): Aber dann spricht ja nichts dagegen, dass wir wie BV Nippes beschließen, wenn Herr Greitemann sagt, das sei unproblematisch und werde auch so gemacht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wir stimmen ab wie Finanzausschuss!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nach meinen Unterlagen hat der Finanzausschuss das Ganze ohne Votum geschoben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, wir haben wie Anlage 11 abgestimmt, wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft!)

- Gut. Dann können wir das so machen. Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Finanzausschuss; wenn das so ist wie BV Nippes, würde das ja stimmen. Ansonsten haben wir jetzt alle mitgenommen - und finden das auch in der Niederschrift wieder -, dass eine Personalisierung erfolgt ist. Darauf kam es Ihnen ja an. Einverstanden? - Gut.

Jetzt frage ich nach Gegenstimmen. - Gegenstimmen sehe ich nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Zusammenarbeit im Bereich der elektronischen Langzeitarchivierung „Digital Preservation Solution“ (DiPS.kommunal) hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bergisch Gladbach 1592/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene 1865/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Planungsaufnahme und Planungsbeschluss zur Erstellung eines Erweiterungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstraße in Köln-Ehrenfeld 0456/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Modifizierung des ersten GU/TU-Maßnahmenpaketes für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalisierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer 0990/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKEN enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Machbarkeitsstudie für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Sportgelände an der Widdersdorfer Landstraße/Johanniterstraße, 50859 Köln-Lövenich 1536/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Entgeltordnung für die Benutzung von Sportstätten und Schulbädern der Stadt Köln sowie der städtischen Nutzungszeiten in den Bädern der KölnBäder GmbH und des Schwimmleistungszentrums 0018/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Sportausschuss, Anlage 4, und Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP] - Peter Kron [SPD]: Danke, Uli!)

- Ja, man darf sich hier auch freuen. Es ist schön, das zu erleben.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Generalinstandsetzung der Germaniastraße in Köln-Höhenberg zwischen Olpener Straße und Gothaer Straße hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-8-1036, Germaniastraße, Ausbau 0555/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz 2911/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Zügigkeitsänderung der Ursula-Kuhr-Hauptschule, Volkhovener Weg 140, 50767 Köln (Heimersdorf) von 4 auf 3 Züge gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2019/20 0836/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung“ 0982/2018**

Dazu habe ich eine Rednerliste vorliegen. Ich bitte Frau Bercher-Hiss zu Wort.

**Susanne Bercher-Hiss** (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank. - Ich wollte mich vor allen Dingen bei der Verwaltung für die zügige Umsetzung dieses Beschlusses bedanken. Wir freuen uns sehr. Es ist uns ein grünes Herz anliegen - wieder einmal -, dass wir hier für mehr Grün in kurzer Zeit viel erreicht haben. Danke dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Struwe.

**Rafael Struwe** (SPD): Auch für die SPD-Fraktion möchte ich unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass, folgend auf unsere Initiative zu diesem Thema, der Rat mit ganz breiter Mehrheit die Grundlage für dieses Programm geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Eine weitere Wortmeldung liegt von Herrn Sterck vor.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, wir wetten bei uns in der Fraktion immer darauf, wie lange die Sitzung dauert. Ich habe auf 18.30 Uhr gewettet und möchte deswegen hier auch noch einmal sagen, wie sehr wir uns darüber freuen, dass es jetzt so gekommen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck, es ist nicht notwendig, dass Sie die Ursache Ihrer Wortmeldung erklären.

(Heiterkeit)

Gibt es Gegenstimmen gegen diese wunderbare Vorlage? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes  
hier: Interimsangebote  
1037/2018**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes  
hier: Dauerhafte Erweiterungen  
1075/2018**

Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss bzw. wie Finanzausschuss, Anlage 11.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2019 - 2022  
1229/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen  
1443/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Wasserversorgungskonzept der Stadt Köln  
1274/2018**

Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Fortschreibung des Maschinen- und Gerätekonzeptes des Sportamtes für die Jahre 2018 - 2020  
1327/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2016 - 31.12.2016 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud  
1744/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.23 Sanierung des Blücherparkweihers durch die StEB 1224/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 13. - Herr Erkelenz.

**Martin Erkelenz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir bitten darum, auch hier wie Bezirksvertretung Nippes abzustimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das ist das Gleiche.

(Martin Erkelenz [CDU]: Okay! Alles klar!)

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.24 Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Stefan Englert zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters 1796/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.26 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2018 1899/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

## **12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

Tagesordnungspunkt

### **12.1 Satzungsbeschluss betreffend Bebauungsplan 77349/04;**

### **Arbeitstitel: GE westlich Linder Kreuz in Köln-Porz-Lind, 4. Änderung 1610/2018**

Ich habe hierzu schon eine Wortmeldung von Herrn Joisten vorliegen. Er betritt in diesem Moment den Raum.

**Christian Joisten** (SPD): Das nenne ich synchronisiert.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Aber sagen Sie es nicht weiter, Herr Joisten.

(Heiterkeit)

**Christian Joisten** (SPD): Meinen Sie? Ich verzichte auf jeden weiteren Kommentar. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Frage dieses Bebauungsplans wird die SPD sich nicht enthalten und nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen - in der Konsequenz unserer bisherigen Positionierung. Denn wir sind, wie wir klargemacht haben, der Auffassung, dass wir an diesem Standort zu viele Flüchtlinge untergebracht haben. Darüber wurde seinerzeit hier eine heftige Diskussion geführt. Deswegen werden wir dieser Bebauungsplanänderung jetzt nicht zustimmen können.

Ich möchte aber vor allen Dingen noch einmal sehr deutlich erklären, dass wir dem zweiten Teil der Änderungen dieses Bebauungsplans, der eine Veränderung bei der Zuführung zum Firmengelände der igus GmbH beinhaltet, ausdrücklich zustimmen würden. Da aber dieser Bebauungsplan eine Einheit bildet, müssen wir an dieser Stelle leider trotzdem bei unserem Nein bleiben. Wir erklären aber ausdrücklich, dass diese Änderungen unsere Zustimmung finden.

Die im Bebauungsplan enthaltenen Änderungen hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung finden hingegen nicht unsere Zustimmung. Deswegen lehnen wir die gesamte Bebauungsplanänderung ab. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 12.1? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und Rot-Weiß stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75409/05**  
**Arbeitstitel: Humboldtstraße in Köln-Porz-Finkenber**  
**0954/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07**  
**Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim, 1. Änderung**  
**1049/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich es recht in Erinnerung habe, wird Herr Greitemann freundlicherweise noch einige Sätze zu dem Schreiben einer Rechtsanwaltskanzlei bezüglich dieses Satzungsbeschlusses sagen, das ja allen Fraktionen vorliegt.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, wir haben alle städtebaulichen Verträge unter Dach und Fach. Auch die Verträge der Nachbarn sind unter Dach und Fach.

Diese Einlassung des Betreibers der Werft kennen wir aus dem vorlaufenden Verfahren. Sie ist fast wortgleich.

Grundsätzlich haben die Beteiligten immer das Recht, zu klagen. Das ist überhaupt keine Frage. In dem Beteiligungsverfahren wird aber nicht darüber diskutiert, sondern es wird die Verwaltungsmeinung im Abwägungsprozess eingebracht. Und wir sind nachhaltig der Auffassung, dass das, was dort eingebracht worden ist, nicht

geeignet ist, das Verfahren zu kippen. Daher gilt: Wenn dort geklagt werden würde, würden wir dem relativ gelassen entgegensehen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ist die Frage beantwortet, Herr Weisenstein?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:  
Danke schön!)

- Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**

Tagesordnungspunkt

**16.1 264. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0771/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss.

Gegenstimmen? - Von Rot-Weiß und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.2 265. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0995/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von Rot-Weiß und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

**17 Wahlen**

Tagesordnungspunkt

**17.1 Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Soziales und Senioren**

**1679/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?  
- Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Benennung eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur  
1945/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend  
„Ausschussumbe setzung“  
AN/1005/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren  
0556/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 19./20. November 2018 in München  
2027/2018**

Diesen Punkt behandeln wir, wie vor Eintritt in die Tagesordnung vereinbart, vor dem TOP 17.6.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass uns hierzu ein gemeinsamer Wahlvorschlag vorliegt. Ich rufe ihn einmal personenscharf auf.

1. Herr Bürgermeister Dr. Heinen
2. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes
3. Herr Dr. Strahl
4. Herr Klausing
5. Herr Bürgermeister Wolter
6. ebenfalls - also mit zwei Stimmrechten - Herr Bürgermeister Wolter

7. Herr Hegenbarth

8. Herr Wortmann

Gibt es weitere Vorschläge? Da es sich um einen gemeinsamen Vorschlag handelt, kann das eigentlich nicht der Fall sein. Der guten Ordnung halber muss ich es aber abfragen. - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Von Rot-Weiß und der AfD. Enthaltungen? - Keine.

Da es Gegenstimmen gab, müssen wir mit separaten Sprechzetteln arbeiten und diesen Tagesordnungspunkt gleich noch einmal aufrufen - ich schlage vor, gleich am Ende des öffentlichen Teils.

Dann können wir zu TOP 17.6 auch nicht beschließen, sondern müssen diesen Punkt ebenfalls nach hinten schieben.

Ich bitte um eine ganz kurze Unterbrechung.

(Ralph Sterck [FDP]: Lassen Sie sich ruhig Zeit, Frau Oberbürgermeisterin! - Heiterkeit bei der FDP)

Ich habe mich entschieden, nicht zu unterbrechen, sondern das doch sofort zu machen. Dann können wir anschließend auch den TOP 17.6 behandeln.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler nach vorne. Das sind Herr Noack, Herr Welter und Frau Tokyürek. Dann rufe ich die einzelnen Wahlvorschläge auf, und die Stimmen werden gezählt. - Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung, Herr Noack, Herr Welter und Frau Tokyürek.

Ich rufe jetzt die Wahlvorschläge einzeln auf.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmen wir jetzt über zwei Listen gegeneinander ab, oder wie?)

- Nein. Ich lasse darüber abstimmen, und dann geht es nach Mehrheit. Das muss ich jetzt machen, weil es Gegenstimmen gab.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können ja trotzdem eine gemeinsame Liste machen!)

- Ja, das ist ja nicht schlimm. Das weiß ich aber vorher nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wir haben doch eine gemeinsame Liste!)

- Der gemeinsamen Liste haben nicht alle Ratsmitglieder zugestimmt. Sie haben sich auch nicht enthalten, sondern sie haben dagegen gestimmt. Deswegen muss ich jetzt einzeln wählen lassen und die Wahlvorschläge einzeln zur Abstimmung stellen.

Ich beginne mit dem Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, den ich als Paket aufrufe:

1. Herr Bürgermeister Dr. Heinen
2. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion stimmt für diesen Wahlvorschlag.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nach Fraktionsstärke!)

- Ja, wenn das vereinbart ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Sonst müssten wir erst die Sitzung unterbrechen!)

- Ja, klar; sonst müssten wir erst die Sitzung unterbrechen. - Es wird nach Fraktionsstärke abgestimmt. Ich gehe davon aus, dass Sie alle damit einverstanden sind.

(Beifall)

Dann kommen wir zum Wahlvorschlag der CDU:

3. Herr Dr. Strahl
4. Herr Klausing

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir stimmen doch nach Fraktionsstärke ab! Dann braucht gar nicht gezählt zu werden!)

- Ja, es wird nach Fraktionsstärke abgestimmt. Dann gilt das so.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Grünen auf:

5. Herr Bürgermeister Wolter
6. ebenfalls - also mit zwei Stimmrechten - Herr Bürgermeister Wolter

Wer stimmt dem zu? - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dann rufe ich den Wahlvorschlag der LINKEN auf:

7. Herr Hegenbarth

Wer stimmt dem zu? - Das sind die Fraktion der LINKEN, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT.

Jetzt stimmen wir über den Wahlvorschlag der FDP ab:

8. Herr Wortmann

Wer stimmt dem zu? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

(Zurufe)

- Das scheint ja doch ein ungewöhnliches Verfahren zu sein. Es ist gut, dass wir das einmal geübt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werten jetzt das Wahlergebnis aus und schalten uns ganz kurz ab.

(Peter Kron [SPD]: Das ist gelebte Demokratie!)

- Ja. - Demokratie kostet Zeit, meine Damen und Herren. Das ist auch richtig so.

Eine zusätzliche Liste von Rot-Weiß oder der AfD ist mir nicht bekannt.

Die Auswertung hat ergeben, dass gewählt worden sind, wie es auch in der gemeinsamen Liste vorgeschlagen war:

1. Herr Bürgermeister Dr. Heinen (als Wahlvorschlag der SPD)
2. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes (als Wahlvorschlag der SPD)
3. Herr Dr. Strahl (als Wahlvorschlag der CDU)
4. Herr Klausing (als Wahlvorschlag der CDU)
5. Herr Bürgermeister Wolter (als Wahlvorschlag der Grünen)
6. ebenfalls Herr Bürgermeister Wolter (als Wahlvorschlag der Grünen)
7. Herr Hegenbarth (als Wahlvorschlag der LINKEN)

8. Herr Wortmann (als Wahlvorschlag der FDP)

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE, 19./20.11.2018; Neubesetzung der Sitze in Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE 2029/2018**

Auch hierzu liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Für den Hauptausschuss werden als Mitglied Herr Dr. Strahl und als Stellvertreter Herr Bürgermeister Dr. Heinen sowie für das Präsidium als Mitglied Herr Bürgermeister Dr. Heinen und als Stellvertreter Herr Dr. Strahl vorgeschlagen. Es handelt sich also sozusagen um einen seitenverkehrten Vorschlag.

Gegenstimmen? Von der AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE 19./20. November 2018; Neubenennungen für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des RGRE (Deutsch-Französischer Ausschuss, Deutsch-Polnischer Ausschuss und Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit) 2032/2018**

Jetzt haben wir Vertreter für die Ausschüsse der Deutschen Sektion zu wählen. Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor:

1. Deutsch-Französischer Ausschuss:  
Herr Bürgermeister Wolter
2. Deutsch-Polnischer Ausschuss:  
Herr Klausing
3. Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit:  
Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den gemeinsamen Wahlvorschlag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Auch hier gibt es Gegenstimmen von Rot-Weiß und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“ AN/1040/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)“ AN/1086/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Zweckverband Sparkasse KölnBonn - stellvertretende Verbandsmitglieder“ AN/1090/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)“ AN/1089/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.13 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat 2209/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.14 GAG - Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat als Vertreter des Inhabers der Aktien Buchstabe B 2208/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Neubesetzung von Gremien“  
AN/1107/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?  
- Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum nichtöffentlichen Teil.  
Deswegen bitte ich darum, die Nichtöffentlichkeit  
herzustellen.

(Schluss: 17.56 Uhr)